

Korrespondent.

Abzugspreis vierteljährl. 1 Mk., monatl. 35 Pf.
Die Abzug von unten angegebenen; bei Bestellung ins Haus durch unsere Postträger in
Frankfurt und auf dem Wege über den Postboten; durch die Post 1,20 Mk. außer 42 Pf.
Nachdruck — Das Blatt erscheint wöchentlich 6 mal nur an den Freitagen nachmittags.
Besonders unsere Originalnachrichten ist nur mit besonderer Qualifikation gefaltet.
Die Mitgabe unvollständiger Einblendungen übernehme nur keine Verantwortlichkeit.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
8 seitig, illust. Unterhaltungsblatt
m. neuest. Romanen und Novellen.
4 seil. landwirtsch. u. Handelsbeil.
mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis für die erste Zeile eines jeden Tages bis zum Ende der
Anzeige 10 Pf. Letzte Zeile 5 Pf., nachher je 3 Pf.
20 Pf. im Restamt 40 Pf. Bei langwierigen Ges. anzuwenden sind
50 Pf. für Einzelanzeigen und 100 Pf. für Wiederholungen mit 10 Prozent
besondere Berechnung, nach dem Inhalt mit Berücksichtigung. Für langwierige
Anzeigen bis höchstens 3 Woch. Familienanzeigen bis 10 Woch. 20 Pf.

Nr. 108.

Donnerstag den 9. Mai 1912

35. Jahrg

Die überzähligen Offiziere.

Man schreibt uns aus parlamentarischen Kreisen über die letzte Dienstagssitzung der Budget-Kommission des Reichstages:

In der Budget-Kommission hat heute die Frage der Schaffung von Oberstleutnantsstellen bei allen kleinen Regimentern, d. h. bei solchen mit nur zwei Bataillonen — die Regimentern mit drei Bataillonen haben die Oberstleutnants — und von überzähligen Majors bei allen großen Regimentern längere Auseinandersetzungen zur Folge gehabt. Die Heeresverwaltung verlangt diese neuen Offiziersstellen im wesentlichen, um für den Fall einer Mobilmachung für die neu aufzustellenden Regimentern und Bataillone die erforderlichen Offiziere zur Hand zu haben, ohne den vorhandenen Organisationen solche entnehmen zu müssen. Zur Begründung wurde hauptsächlich darauf verwiesen, daß Frankreich in der erwähnten Richtung noch weiter gegangen sei und in dem neuen Cadre-Gesetz wieder noch darüber hinausgehe.

Dem wurde entgegengehalten, daß diese überzähligen Offiziere in Friedenszeiten nur ganz ungenügend beschäftigt sein würden und daß ihnen in dieser Zeit kein eigentliches Kommando zustehe, sie also gewissermaßen fünftes Rad am Wagen seien. Wollte man sich für den Mobilisationsfall die nötigen Hauptleute, Bataillonskommandeure und Regimentsführer in Reserve halten, so sei es notwendig, an anderen Stellen mit den Offizieren sparsamer zu wirtschaften. Von Österreich-Ungarn abgesehen, habe nach dem eigenen Angaben der Militärverwaltung keine Armee verhältnismäßig so viel Offiziere als die deutsche. Auch nach der Durchführung des französischen Cadre-Gesetzes würde der Prozentsatz von Offizieren in der französischen Armee noch wesentlich geringer sein als der der deutschen Armee, und Rußland weise verhältnismäßig nur 1/3, diesen an Offizieren auf, was bei uns vorhanden sei. Die Heeresverwaltung siche immer auf dem Standpunkt, das Wort *Suum quibus* frei nach Meuter dahin zu überlegen: Hatte erst, was du hast, und fleiß, was du kriegen kannst! Bei uns müsse man schon deshalb eher mit weniger Offizieren auskommen als in anderen Ländern, weil die Prozentzahl unserer Unteroffiziere fast doppelt so hoch sei wie bei anderen Armeen. Jede weitere Verstärkung des Offizierkorps des Unteroffizierkorps zeitige neue schwere Belastungen des ohnehin tief angewachsenen Pensionsfonds und mache die Unterbringung der mit dem Zivilversorgungsschein abgehenden Leute in Zivildienststellungen immer schwieriger.

Der Reichsminister hob demgegenüber hervor, daß für den Fall einer Mobilmachung bei uns die Zahl der einbezogenen Reservisten wesentlich größer sei als in Frankreich und wir daher auch mehr Offiziere bräuchten. In Rußland aber lägen die Verhältnisse anders. Warum man dort mit weniger Offizieren auskommt, berichtet der Minister allerdings nicht. Zum Schluß wurden die verlangten Oberstleutnants bei den kleinen Regimentern gestrichen, die überzähligen Majore dagegen und die vierzehnten Hauptleute genehmigt. Daß diese Stellenvermehrung natürlich auch vorteilhaft auf das Avancement einwirkt, ist unzweifelhaft. Von einer Überalterung unseres Offizierkorps kann aber keine Rede sein, da das Avancement in Deutschland, wie aus dem der Kommission überwiesenen Material hervorgeht, keineswegs schlechter ist als in Frankreich und in anderen Ländern.

Die Bestrebungen der Reichspartei.

im Deutschen Reichstages als eigene Fraktion mit der Verleihung der Rechte auf Kommissionsbesetzung angesehen zu werden, sind menschlich und parlamentarisch nur allzu begreiflich; es ist immer schmerzlich, von der stolzen Höhe eines relativ bedeutenden parlamentarischen Einflusses hinuntergeworfen zu werden in die Verdammnis der Bedeutungslosigkeit. Und der Reichstag widmete am Dienstag den Schwestern der Herren Vrenth, Camp und Genossen fast eine ganze Sitzung. Aber man muß auf der anderen Seite hervorheben, daß nach der Prozedur des Reichstages erst eine Fraktionsstärke von 15 Mann das

Recht auf Mitgliedschaft in die Kommissionen verleiht und daß die Reichspartei diese Ziffer eben nicht erreicht hat. Der Hauptstreit drehte sich darum, ob es angebracht sein solle, zum Zwecke der Erreichung der Fraktionsstärke, und nur zu diesem Zwecke, sich Mitglieder des Hauses „anzufügen“ zu lassen, die es im übrigen strikt ablehnen, sich der betreffenden Gruppe auch nur als Hospitanten anzuschließen. Bei aller Wahrnehmung der Rechte der Minderheiten in den Parlamenten wird man doch eine Grenze festsetzen müssen, unter der eine Beteiligung an den Kommissionen nicht mehr zulässig erscheint; es würde sonst der parlamentarischen Eigenbrödelerei und der Möglichkeit, den glatten Gang der Geschäfte zu verwirren, geradezu Tür und Tor geöffnet werden. Das „Zuzählen“ von Abgeordneten zum Zwecke der Kommissionserrichtung mag früher in einzelnen Fällen statgefunden haben; man kann es aber dem jetzigen Reichstag nicht verdenken, wenn er diesem Mißbrauch als einem dem Sinne des Fraktionswesens widersprechende Einrichtung verweist und sie für die Reichspartei nicht gelten lassen will. Die Atomisierung in kleine und kleinste Gruppen ist sicherlich ein Uebelstand in den Parlamenten, und es ist ein durchaus wichtiges Erziehungsprinzip, wenn durch die geschäftsordnungsmäßigen Bestimmungen ein sanfter Zwang auf die Anwesenden ausgeübt wird, sich irgend einem größeren Ganzen als Mitglied oder wenigstens als Hospitant anzuschließen. Wenn die Angelegenheit der Reichspartei auf die ihr so nahestehenden Abgeordneten Warmuth und Graf Polakowsky nicht so groß ist, um sie von der unbedingt notwendigen zu überzeugen, mit ihren werten Persönlichkeiten der Reichspartei die offizielle Fraktionsstärke zu verleihen, so ist damit eben der Beweis erbracht, daß die Reichspartei jenes Mindestmaß an Parlaritätswürdigkeit nicht besitzt. Die „Zuzählung“ jener beiden Herren, die sich absolut nicht anziehen wollen, wird nichts anderes bedeuten, als daß dem wohlmeinenden Entschluß, die Zahl 15 gelten zu lassen, ein Schnippen geschlagen werden soll. In der lebhaften Debatte des Reichstages konnte die Reichspartei sich auf konservative, antisemitische und zentrumsförmigen Sulturs stützen, die Mehrheit ihr gegenüber aber dürfte fest bleiben trotz der verzweifelten Anstrengungen der Konservativen, durch einen Kompromißantrag wenigstens vorläufig die Fraktionsrechte der Reichspartei zu retten. Die Abstimmung über die für die parlamentarische Geschäftsordnung nicht unwichtige Angelegenheit findet erst am Mittwoch statt. Jedenfalls war es ein pilantes Schauspiel, die Herren der Rechten als die warmherzigen Hüter der Minderheitsrechte auftreten zu sehen. Wo die Herren in der Minder sind, sind sie gegenüber den Minderheiten beinahe gänzlich wegs von mimosenhafter Zartheit!

Schutz der Arbeitswilligen, allgemeine Bekämpfung des Terrors und Boykotts.

Auf Beschluß seines Gesamtpräsidiums hat der Hansa-Bund eine sachliche Nachprüfung der Frage des Schutzes der Arbeitswilligen und der allgemeinen Bekämpfung des Terrors und Boykotts vorgenommen. Das Ergebnis wird nunmehr in einer Denkschrift bekannt gegeben, welche an alle im Hansa-Bund vereinigten Gremien zur gutachtlichen Äußerung ausgesandt worden ist. Die Denkschrift geht davon aus, daß einerseits das Koalitionsrecht der Arbeitswilligen nicht angetastet werden darf, andererseits die Freiheit des einzelnen zur Verwertung seiner Arbeitskraft und seiner beruflichen Fähigkeit von der Rechtsordnung gegen Gewalt und Zwang, von welcher Seite sie auch kommen mögen, unter allen Umständen zu schützen sei. In den weiteren Ausführungen wird dann der in Betracht kommende § 153 der Gewerbeordnung mit der daran sich knüpfenden Rechtsprechung einer juristischen Durchprüfung unterzogen; es werden die allgemeinen Strafgesetzmäßigkeiten, die bei Ausbreitungen in Frage kommen können, ausgelegt und vor allem auch die Bedeutung der Polizeiverordnungen und der tatsächlichen Eingriffe durch Polizei und bewaffnete Macht gewürdigt. Auch hierbei zieht die Denkschrift die umfangreiche Rechtsprechung heran. Ausnahmegeetze lehnt der Hansa-Bund mit weitgreifender Begründung ab.

Die weiteren Ausprägungen beschäftigen sich dann mit den Fragen des Schutzes gegenüber der Verursacherklärung und dem Boykott, besonders auch soweit er als Mittel benutzt wird, um andere an der Betätigung ihrer politischen oder wirtschaftspolitischen Überzeugung zu verhindern. Das Gesamtergebnis der tendenzlosen und lediglich praktischen Bedürfnisse dienenden Darlegungen wird dann in folgenden Teilen zusammengefaßt:

1. Eine Erweiterung des Tatbestandes des § 153 Gew.-O. ist, insbesondere im Hinblick auf die ausdehnende Rechtsprechung des Reichsgerichts nicht erforderlich.
2. Zur Einschränkung des Streikpostens als solchen im Interesse der öffentlichen Ordnung und Sicherheit genügen polizeiliche Maßnahmen, welche mit Energie und Einsicht anzuwenden sind. Ausbreitungen der Streikposten gegen Arbeitswillige sind auf Grund des § 153 Gew.-O. und der allgemeinen Strafgesetze zu ahnden.
3. Im Rahmen des allgemeinen Strafrechts erscheint ein stärkerer Schutz der persönlichen Freiheit gegen rechtswidrige Nötigung und sittenwidrige Verursacherklärung, insbesondere auch zur Bekämpfung des politischen und wirtschaftlichen Zwangs- und Raubcheryllotts, wünschenswert und notwendig. Die §§ 240 und 241 Str.-G.B. sind dahin zu ergänzen und abzuändern,
 - a) daß in Erweiterung des § 240 Str.-G.B. eine jede mittels rechtswidriger Drohung unternommene Nötigung unter Strafe gestellt wird;
 - b) daß in Erweiterung des § 241 Str.-G.B. eine strafbare Bedrohung insbesondere auch dann vorliegen soll, wenn jemand einen anderen durch eine ihn in seinem Ansehen gefährdende Drohung in seinem Frieden stört;
 - c) die öffentlich oder gegenüber einer Mehrheit von Personen erfolgende Aufforderung zur Weidung des geschäftlichen oder persönlichen Verkehrs mit einem anderen ist für strafbar zu erklären, es sei denn, daß sie in Wahrnehmung berechtigter Interessen, insbesondere, um Dritte vor Schaden zu bewahren, erfolgen wird und sich in den Grenzen des herkömmlichen Gebotenen hält.
4. Die Frage, ob Verleumdungen und leichte Körperverletzungen, bei Vorliegen eines öffentlichen Interesses von Amts wegen oder erst auf Antrag von Vereinen zu verfolgen sein sollten, welche zur Wahrung allgemeiner oder gewerblicher Interessen berufen sind, erscheint erwünschenswert, eine Beschränkung dieser Maßnahme auf das Gebiet der Streikausbreitungen jedoch nicht angebracht.
5. Eine Verächtlichung der in den bestehenden Gesetzen angeordneten Strafen ist nicht grundsätzlich abzulehnen, doch ist von ihr eine wesentliche Besserung der vorhandenen Mißstände nicht zu erhoffen; durch Anwendung energischer Verwaltungsmaßnahmen wird sie entbehrlich.

Die Beschaffung billiger Kredite für das Handwerk.

Der Koburger Spezial-Landtag beschäftigte sich am Montag mit dem Antrag des Abgeordneten Mänpel zwecks Einstellung eines Betrages in den Staatskassen zur Unterstützung kapitalarmer Handwerker und Kleingewerbetreibender, wie solche auch den Landeswirten zur Separation gewährt werden. Handwerk und Landwirtschaft müsse in gleicher Weise Rechnung getragen werden, darum empfahle die Kommission, den Antrag der Herzoglichen Staatsregierung zur Berücksichtigung zu übernehmen.

In den Vorwörtern der Kommission enthielt sich eine interessante Diskussion, in der der Abgeordnete Mänpel u. a. ausführte: Die Beschaffung billiger Kredite ist eine Lebensfrage für die Handwerker und kleinen Gewerbetreibenden. Solange ein Handwerker sein Geschäft allein betreibt, werde er sich immer schlecht und recht durchschlagen können, wenn aber die Aufträge zahlreicher einfließen und sich die Einstellung weiterer Arbeitskräfte und die Beschaffung von Material nötig mache, dann begämen die finanziellen Kalamitäten. Diese Frage habe in der letzten Zeit die Fach- und Tagespresse und auch

den Handfabrik beschäftigt und selbst der frühere Reichs-
schaffmeister habe eine Unterstützung der Kleingewerbe-
treibenden in diesem Falle für angebracht gefunden, nur
meinte er, daß dies Aufgabe der Gemeinden sei. Die in
den Etat eingezeichneten 1000 Mk. sei eine zu kleine Summe
gegenüber den Bedürfnissen der Kleinhandwerker. Es
werde dem Landwirten Geld zur Separation gegeben,
was aber dem Landwirt recht sei, sei dem Handwerker
billig.

Der Abgeordnete Gutzel wünscht, daß mindestens
10000 bis 20000 Mk. bereitgestellt werden. Um die
Vorteile der Elektrizität für das Handwerk nutzbar zu
machen, müsse man den Handwerkern Kredite eintürmen.
Staatsrat von Bassow erklärte namens der
Regierung: Der Abgeordnete Mängel habe insofern mit
seinen Ausführungen recht, als Zuschüsse zu den Kosten
der Separation vorgesehen seien. Im Etat befinden sich
allerdings eine derartige Position nicht. Es liege somit
ein Mißverständnis vor. Da er nun einmal das Wort
genommen habe, möchte er die Gelegenheit nicht vorbe-
lassen lassen, anzuerkennen, daß Handwerk und Klein-
gewerbebetriebe schwer zu kämpfen hätten, und die Regie-
rung sehr vorläufige Maßnahmen betr. Unterstützungs-
bedürfnisse entgegen. „Wir können aber die Leute nur
in den Sattel setzen, reiten müssen sie selbst lernen.“
Ob die Mittel aus der Staatskasse von der Land-
rentenbank gegeben würden, müsse noch Gegenstand der
Erörterung sein. Mit der Tendenz des An-
trages sei die Regierung einverstanden.

Die Vorfrucht der Sozialdemokratie.

Aus Anlaß einer, übrigens bereits widerufenen,
Ankündigung des sozialdemokratischen Abgeordneten
Scheidemann ist der alte Bismarcksche Ausspruch von
dem Freisinn als der „Vorfrucht der Sozialdemo-
kratie“ von den Reaktionsären wieder in allen Tonarten
variiert worden. Die „Frei. Ztg.“ hatte damals erwidert,
daß es gerade die agrarische Wirtschaftspolitik und die
reaktionäre Allgemeinpolitik ist, die die Sozialdemokratie
fördert und nur eine liberale Politik der rasch
wachsenden Sozialdemokratie die Nährkräfte entziehen
würde. Jetzt kommt sogar die „Leipziger Volks-
zeitung“, das Organ der Ultraradikalen, dem alle
Bürgerlichen — die Fortschrittler einbegreifen — eine
einzige reaktionäre Masse sind, und gibt zu, daß die
liberale Politik, wie sie jetzt vertreten wird, am ge-
tingensten sei, der Sozialdemokratie Abbruch zu tun. Ein
altes Leitmotiv: „Der neue Liberalismus“, in dem das
Wort übrigens einer konsequenten Durchführung der
liberalen Politik und insbesondere den Nationalliberalen
sehr mißtraut, wiederholt es:

„Es leidet keinen Zweifel, daß die reuliberale Politik
vom Standpunkte der Bourgeoisie die vernünftigste und
erfolgreichste ist. Zwar läßt sich damit der
Kapitalismus nicht retten, aber die sozialistische
Bewegung wird durch sie doch viel mehr
aufgehalten und geschädigt, als durch die
schlimmste Gewaltspolitik. Die Ergrüfung aller Länder,
wo die Blodpolitik und die Anprägung zur bürger-
lichen Linken mehr oder weniger versucht wurde, zeigt,
daß die bürgerliche Gesellschaft dabei nur gewonnen,
der Sozialismus nur verloren hat. Nichts könnte der
Arbeiterbewegung so viel Schaden zufügen, als eine
beuhte und konsequente Reformpolitik der liberalen
Bourgeoisie.“

Wird die reaktionäre Presse dieses Zugeständnis eines
unersöhnlichen Gegners der Liberalen mit derselben
Freude verbreiten wie jenen mißverständlichen Ausspruch
des Genossen Scheidemann?

Der Krieg um Tripolis.

Die Besetzung der Insel Rhodus durch die Italiener
wird zwar von der italienischen Presse als eine der größten
Vedienaten gefeiert, hat aber ihren eigentlichen Zweck
gänzlich verfehlt. Die Türken werden durch die Besetzung
von Rhodus nicht im geringsten getroffen, sie ärgern sich
höchstens ein wenig und werden einem Friedensschluß
immer abgeneigter. Die hohe Flotte hat den Verlust von
Rhodus, dieses völli verwaunten Landes, keineswegs
traglich genommen. Die türkische Presse zeigt sich gegen-
über der italienischen Aktion auf Rhodus indifferent.
Selbst die Besetzung samischer Inseln des Archipels, so
schreiben einige Blätter, werden den Krieg nicht beendi-
gen. Mit jedem Tage wächst das Vertrauen der Otto-
manen.

Aufhebung der Dardanellenverträge.

Nach authentischen Nachrichten ist mit der Befreiung
der schwimmenden Minen in den Dardanellen am Mont-
tag vormittag begonnen worden. Es wird angenommen,
daß die Durchfahrt am 8. Mai wieder frei sein wird.

Vom Kriegsschluß in Tripolis.

teilt das türkische Kriegsministerium mit, die
Italiener hätten am 2. Mai einen Anfall an der
Küste östlich von Doms versucht, seien aber auf heftigen
Widerstand gestoßen, so daß sie über die am Meere ge-
legenen Ruinen von Lebda nicht vordringen konnten. Die
Italiener, die von einem Kriegsschiff unterstützt wurden,
hätten nach Schöpfung mehr als 70 Tote verloren. Die
Türken und Araber hätten drei Tote und drei Verwun-
dete. — Die italienischen Berichte lauten natürlich anders.

Über die Besetzung von Rhodus.

durch die Italiener beabsichtigt die „Agenzia Stefani“
noch folgende Einzelheiten. Von der Insel von Salina,
wo die Landung erfolgte, marschierten die Italiener ge-
radwegs nach der Stadt Rhodus, die sie ohne Wider-
stand, aber nach Überwindung nicht unbedeutender Zer-

rainschwierigkeiten, erreicht. Von dort marschierte eine
Abteilung nach Kos, während das Gros auf Ugran
Sandrulla dirigiert wurde und hierauf auf den Smi-
thöfen mit dem Feinde zusammenstieß, der von dort ver-
trieben wurde. Die Truppen kampaerten die Nacht auf
den genannten Höhen und zogen am nächsten Morgen
den Marsch nach der Stadt Rhodus fort, die ohne weite-
ren Kampf erreicht wurde. Die Truppen fanden hier bei
der Bevölkerung freundliche Aufnahme. In der Nacht
vom 4. zum 5. verlor ein Unteroffizier, der sich nach einer
Munitionskolonie umziehen sollte, den Weg und wurde
von einer türkischen Abteilung gefangen. Gestern empfing
General Usciani in verchiedene Konstantin und Vertreter
von Behörden. Das türkische Komitee für Einheit und
Fortschritt ließ in der der Besetzung der Stadt Rhodus
vorausgegangenen Nacht das Strafgefängnis öffnen und
setzte etwa 300 gemeine Verbrecher in Freiheit.

Aus Derna.

melbet die „Agenzia Stefani“: Eine Ulenjäger-
patrouille wurde am Montag auf einem Netogno-
zierungswege plötzlich von Geiselnern ver-
echnen, bei denen sich ein türkischer Offizier
befand, überführt. Dieser feierte mehrere Schüsse gegen
die italienischen Soldaten, die sofort die Flucht nahmen.
Die Ulenjäger erwiderten das Feuer, verwundeten den
türkischen Offizier und töteten einen Beduinen, worauf
die übrigen flohen. Der verwundete türkische Offizier
rief um Hilfe, als der italienische Leutnant sich näherte,
schob er zweimal, ohne zu treffen. Der italienische Of-
fizier schoß auch. Der Türke, der kurz nachher ver-
storb, wurde als der Offizier Ramanuldi erkannt. Der
tote Beduine ist der Führer des Stammes Manaur.

Eine Vernehmung Deutschlands.

In der unentbehrlichen Ansicht, Deutschland einer
für Italien unannehmbaren Haltung zu ziehen, ist behauptet
worden, daß das Feuer der in Dardanellen verteidig-
enden türkischen Forts von deutschen Offizieren geleitet
worden sei. Demgegenüber wird in einem offiziellen
Berliner Telegramm der „Allg. Ztg.“ festgestellt, daß
sich z. B. des Bombardements kein einziger deutscher
Offizier in den türkischen Forts befunden hat.

Zur Lage in Marokko.

Den Franzosen wird etwas schmil zu Mute, wenn sie
die Anfänge ihres Marokko-Protektorats zusehen. Sie
sind nicht genug, daß die Lurken in Marokko zunehmen,
daß immer mehr Truppen zur Sicherung des Protektora-
ts notwendig werden, und immer mehr französisches
Geld angewendet werden muß, es stellen sich auch all-
erhand Unregelmäßigkeiten im Betriebe der auswärtigen
Politik heraus, wie sie in den wohlgeordneten Staats-
wesen eigentlich nicht vorkommen sollten. Insbesondere
scheint der frühere Marokko des Unwärtigen, der Sel-
ben, ein bißchen Marokkopolit auf eigene Faust betrie-
ben zu haben.

Eine sichtlich offiziöse Mitteilung des „Jour-
nal de Debat“ bemerkt: Weder der Ministerratsrat
noch der Direktor der politischen Angelegenheiten hatten
Kenntnis davon, daß zu jenseits von Marokko ein regel-
rechtiges Abkommen besteht, durch das Frankreich
sich verpflichtet, dem Sultan gegebenenfalls zu
gestatten, daß er abhandelt und lebt, wo es
ihm beliebt. Die Regierung ist sich vollständig klar
darüber, daß die vom Sultan beabsichtigte Reise nach
Rabat sehr bedauerlich ist. Demgegenüber hatten der Mi-
nisterratsrat und der Kriegsminister Wüllerand nach
Marschall und dem Generalminister telegraphisch
die Meinung erteilt, alles zu versuchen, um den Sultan
von seinem Entschluß abzubringen, jedoch für den wahr-
scheinlichen Fall, daß ihre Bemühungen vergeblich blie-
ben, alle notwendigen Maßnahmen zu treffen, um etwaige
unangenehme Zwischenfälle auf der Reise nach Rabat zu
verhindern.

Aus Paris meldet die „Maad. Ztg.“ intern 7. d.:
Die Regierung sieht sich gezwungen, abermals erheb-
liche Verstärkungen nach Marokko zu entsenden,
um wenigstens die Algeir Negualis aus Bes zu ermög-
lichen. Das ganze Gebiet zwischen Bes, Tanger und
Rabat ist unruhig. Mulay Hafid, der für sein Leben
fürchtet, besteht auf die Reise nach Rabat, die der fran-
zösischen Regierung nimmere die größte Verlegenheit be-
reitet.

Zu den spanisch-französischen Verhand-
lungen wird der „Allg. Ztg.“ aus Madrid gemeldet:
In diplomatischen Kreisen drückt man Erstaunen über die
Unnachgiebigkeit Frankreichs gegenüber den Vorschlägen
Englands aus. Diese Haltung sei es, die bisher nicht er-
reicht habe, die Unterhandlungen wegen des Verlaufs
zum Abbruch zu bringen. England hätte am 10. April
einen Vermittlungsversuch gemacht, die Grenze zwischen
spanischen und französischen Gebiet den Flußlauf ent-
lang zu ziehen, was am 19. von Spanien angenommen
wurde. Seitdem seien die Dinge nicht weiter gekommen.
Im Gegenteil scheine die französische Presse die öffent-
liche Meinung auf Ansprüche vorzubereiten, die einen
großen Teil der beiden Algerie einbezogen. Die
Unfähigkeit der französischen Kolonialtruppe trotz dem be-
kannnten Einernnehmen, erscheint hier völlig unbegreiflich.

Politische Übersicht.

Österreich-Ungarn. Der Kaiser Franz Josef
empfing am Dienstag mittag den von seiner Balkanreise
zurückkehrenden französischen Deputierten Paul Des-
chanel in besonderer Audienz. Das österreichische
Berichte des Legationsausschusses über einzelne ange-
legene Wahlen. Abg. Seib (Öst.) nannte den Justiz-
minister eine Schande des deutschen Volkes
und einen Verbrecher und warf dem Berichterstatter
über die Wahl des Abg. Seib und des Abg. Seibel
(deutsch-national) Erfolglosigkeit vor. Der Vorsitzende er-
teilte Seib unter lebhafter Unruhe einen Ednag-
ruf. Am Laufe der Debatte verwiesen mehrere Sozial-
demokraten gegenüber der Praxis des Österreichischen
Legationsausschusses auf Wahlproteste rein von partei-
politischen Standpunkte her. Sie würden, auf die
Praxis des deutschen Reichstags, wo un-
bestimmt um Parteiforderungen, jede Wahl, bei der Wahl-
mißbräuche tatsächlich vorgekommen seien, amnukert

werde, weil eben dort die Parteien Ehre im Leibe
hätten und weil im deutschen Reichstage nicht deutsche
Nationalabgeordnete, sondern wirkliche Deutsche säßig.
Die Stimmung auf Deutschland rief jedesmal bei den
Deutschnationalen für mich die Gegenfrage hervor.
Die Wahl des Abg. Seib wurde von der Mehrheit als
richtig erkannt. Die Angelegenheit war damit erledigt.
Gegen den Abg. Seib und verchiedene andere Abgeord-
nete wurden Mißbilligungsausschüsse konstituiert.

Rußland. Der Reichsrat hat das Gesetz zur För-
derung des Banes von landwirtschaftlichen Maschinen in
der von der Duma beschlossenen Fassung angenommen.

England. Der deutsche Reichstag in London
Grav. Wolff-Meterlich hat am Montag in Windsor am
Graub. aukt. König Eduard's einen Franz
niedergelegt. An demselben Tage hatte Graf Wolff-
Meterlich eine Audienz beim König Georg. — Gegen
den Arbeiterführer Tom Mann beschloß die
Anlagejury in Manchester das Mannverfahren wegen
Aufreizung der Truppen zur Meuterei zu
eröffnen.

Schweden. Nachdem die freiwillige im Lande veran-
staltete Sammlung in drei Tagen ein Einkommen von
300 000 schwed. Kronen erreicht hat und sich lange
als notwendig berechnete Summe von 12 Millionen
Kronen erreicht worden ist, hat am Dienstag eine Deputa-
tion dem König diese Summe als Gabe für den Staat
überreicht. Der König drückte der Deputation seinen
Dank über die Gabe und seine Freude über diese Opfer-
willigkeit und Vaterlandsliebe des Volkes aus. Die
Sammlung wird noch fortgesetzt. Es sind gegenwärtig
außerdem noch mindestens 5 Millionen durch diese und
andere Sammlungen zur Verstärkung der schwedischen
Marine zusammengebracht worden.

Niederlande. Die Kammer hat den für den Bau
eines Panzers für die ostindische Station gefor-
derten Kredit mit 63 gegen 26 Stimmen abgelehnt,
obwohl der Marineminister um Verjagung der Beschlag-
fassung hierüber gebittet hatte. Man erwartet nimmere
den Widerruf des Marineministers.
Niederlande. Wie verlautet, hat der Kriegsminister Ste-
panowitsch seine Demission eingereicht.

Griechenland. Nach amtlichen Telegrammen aus
Athen ist die Regierung bei den Schürmächtigen
dahin vortellig geworden, die augenblicklich in Haft ge-
haltenen freireichlichen Deputierten freizulassen.
Die Freilassung werde die durch die Handlung der De-
putierten hervorgerufene Erregung auf Recht mildern.
Die griechische Regierung habe die Handlungswelt der
Freireichlichen mißbilligt und sie davon abzustatten
versucht. Sie habe sich bemüht, den Keimern von der
Entsendung von Deputierten nach Athen abzuraten. Auf
keinen Fall könnten die in Haft gehaltenen freireichlichen
Deputierten zur griechischen Kammer zugelassen werden, da
sie nicht nach den Bestimmungen des griechischen Wahl-
gesetzes gewählt worden seien. Die abgeänderte Be-
schlußfassung verlange die Beschäftigung der abgeordneten
Deputierten durch einen ad hoc zusammengetretenen Ge-
richtshof. Die freireichlichen Deputierten würden von diesem
Gericht nicht zur Kammer zugelassen werden.

Russen. Aus der Provinz Karbitan kommen
ernte Nachrichten von einem Siege der Aufständi-
gen über die Regierungstruppen. Der Gouver-
neur von Samodan Sirman Sirma soll, wie berichtet
wird, beim ersten Zusammenstoß von den Aufständigen
getötet worden sein und jetzt nur noch 150 Mann bei sich
gelassen haben. Er hat dringend um Verstärkung gebeten.
Die Regierung hat beschloßen, ihm den Poliseifer Beprüm
mit Truppenverstärkungen zu Hilfe zu schicken.

Siam. Das Kriegsgericht hat 14 Personen der
Verschwörung gegen das Leben des Königs vom Siam
schuldig erkannt. 3 Offiziere wurden zum Tode, 6 an-
dere zur lebenslänglichen Gefängnis und 68 andere Per-
sonen zu kürzeren Gefängnisstrafen verurteilt. Der Kö-
nig hat die Todesstrafen in allen Fällen in lebensläng-
lichen Gefängnisstrafen und die auf lebenslängliches Ge-
fängnis lautenden Urteile in zwanjzjährige Gefängnis-
strafen umgewandelt.

China. Wie Rußland die mongolischen
Sonderbetreibungen fördert, geht aus
folgender Meldung der „Reichs-Telegraph.“ aus
Urga hervor: Der Statthalter hat den Vorschlag Yuan-
schaitz her. — Entsendung, beholderer Bevollmäch-
tigter nach Urga (Nordmongolei), die mit den Mon-
golen über Anerkennung der chinesischen Republik verhan-
deln sollen, zum dritten Male abgelehnt und Yuan-
schaitz empfohlen, Rußland um Vermit-
lung anzugehen.

Nordamerika. Das Marinemini-
ster hat das vorläufige Programm für den Empfang des
deutschen Geschwaders veröffentlicht. Dasselbe
schließt folgende Ergrungen vor. Der Präsident Taft wird
am Abend der Nacht „May Flower“ und die gesamte atlanti-
sche Flotte die Deutschen in Hampton Roads begrüßen.
Es folgt am 5. Juni ein Festmahl im Weißen Hause. Die
Deutschen werden drei Tage lang die Gäste des Marine-
amts in Washington sein. — Eine neue 2000 tige
Gepöbe in den mexikanischen, die sich auf der Küste
des dem arabischen Gebiet des Staates Coahuila
aus dem arabischen Gebiet des Staates Coahuila
aus dem amerikanischen Regierung mit der Bitte gewandt,
zeitweilig die Aufsicht über dieses Land zu übernehmen.
Durch die Erinnerung in das Chinestammgebiet während
der letzten Revolution in Schreden geht, indem sie
Chinesen in Vidras Negras, gegenüber der Höhe, zu
sammeln und bitten, sich demselben Gebiet zu begeben
gehen zu dürfen. Die amerikanische Regierung hat die
Gewährung erteilt, die in Vidras Negras eingetrof-
fenen Chinesen, deren Zahl sich auf 280
aufwärts, auf das Gebiet der Vereinigten Staaten hinüber-
zulassen. Es ist darum besonders bemerkenswert, weil
die Chinesen sonst nach dem Vereinigten Staaten nicht hin-
eingelassen werden. — Zum 1. Juni wird in
Russland die Aufsicht über das Städtchen bes-
goren. Die Warenaufnahme wird zwei Monate
dauern und es wird die Vernehmung hervortragender
Männer als Zeugen erwartet. Auch Roosevelt wird ver-
nommen werden. Das Urteil in dem Prozeß, für den
ein besonderer Richter ernannt worden ist, wird in zwei
Jahren erwartet. (1) Die Regierung wird gegen den
Freitag einen Krieg gegen den Ananinim-Exkurs
anfragen. Wird der ebenso lange dauern?

Deutschland.

Berlin, 8. Mai. Der Kaiser und die Hofgesellschaft haben Montag nachmittag auf Korfu einen Teesaufzug nach Harmones unternommen. Gestern vormittag beweilte der Kaiser bei den Ausgrabungen in Monrepos.

(Parlamentarische Empfänge.) Der Reichskanzler hat zu einem parlamentarischen Abend am Donnerstag Einladungen ergoßen lassen. Am Mittwochabend findet bei dem Minister des Innern, Herrn v. Dallwitz, ein parlamentarischer Empfang statt.

(Die sächsischen Gesandtschaften) in Berlin, Wien und München sind in der Zweiten sächsischen Kammer von fortschrittlicher und sozialdemokratischer Seite bekämpft worden. Minister Graf Bismarck trat für ihre Beteiligung ein. Er erklärte sie für ein gutes Vorbeugungsmittel gegen alle zentralistische Tendenzen in Berlin, doch sei jede Parteilichkeit ausgeschlossen. Nach langer, teilweise lebhafter Debatte wurden die Gesandtschaften genehmigt. Dagegen stimmten Sozialdemokraten, Fortschrittler und zwei Nationalliberale.

(Freiherr v. Marschall) ist Dienstag morgen aus Konstantinopel in Berlin eingetroffen. Gegen 11 Uhr stattete er dem Reichskanzler einen Besuch ab. Die Reise des Freiherrn v. Marschall von Konstantinopel nach Deutschland wird in der internationalen Presse sehr eifrig besprochen. Einzelne englische Blätter rechnen schon bestimmt mit der Berufung des Botschafters auf den Sonderposten und begrüßen ihn sehr sympathisch. Sie hoffen, daß seine Ernennung zum Botschafter in London für die deutsch-englischen Beziehungen von großem Vorteil werden würde. — Der „Frankf. Ztg.“ wird aus Berlin berichtet: Es ist seit geraumer Zeit auch über engere politische Kreise hinaus bekannt, daß Herr v. Bethmann Hollweg eine Verständigung mit England länger, als man gewohnt hat, als eine seiner Hauptaufgaben betreibt. Die Anfänge dazu liegen schon im Herbst 1909, wenige Monate, nachdem er sein Amt angetreten hatte. Es ist ebenso bekannt, daß der Kaiser dieser wichtigen Frage besonders Interesse entgegenbringt und den langwierigen Gang der Verhandlungen sehr aufmerksam verfolgt. Die Absichten der Seite unserer auswärtigen Politik erfahren durch die Entsendung Marschalls nach London eine ganz unabweisbare, man könnte beinahe sagen demonstrative Befestigung. Dieser Botschafterswechsel ist mehr als sonst übliche Veränderungen zu sein pflegt, er ist ein Akt von nicht zu verkennender politischer Bedeutung.

(Die Art der „Kreuzzeitung“) über die sozialdemokratische Erklärung in der Brandenburger-Commission, daß die Partei eine Erweiterung der Erbchaftsteuer bewilligen würde, ist groß und verständlich; denn bisher wurde gegen die Erbchaftsteuer auch ins Feld geführt, daß die Sozialdemokratie Gegnerin sei, solange sie zur Deckung der Wehroverlagen dienen sollte. Die „Kreuzzeitung“ zerschlägt die fortschrittliche Volkspartei an, ein Gesicht, das sie täglich als Sporn betrachtet, und wettet dann folgendermaßen gegen die Sozialdemokratie: „Auch in der Erbchaftsteuerfrage will die sozialdemokratische Partei nur die „heilige Voge“ für ihre Parteizwecke ausnützen. Daß die Sozialdemokratie sich dabei wieder einmal mit ihren „heiligen“ Prinzipien in Widerspruch setzt und sich gendert, ist es sich nicht anmerken lassen. Die Partei, die sich gegen die Erbchaftsteuer vorgelesen haben, um den Schnapssteuern ihren Genuß nicht zu vertieren. Und jeden haben die sozialdemokratischen Waisereinden fulminante Resolutionen gegen den „Nüchternsinn“ gefaßt, — aber die roten Hundstehrn erklären, für die Erbchaftsteuer als Deckung der Wehroverlagen stimmen zu wollen. Eine recht prinzipienfeste und impotente Partei, die Sozialdemokratie.“

(Ein Unfall der „Deutschen Tageszeitung“.) Einer Vertagung des Reichstags vor Pfingsten spricht die „Deutsche Tageszeitung“ das Wort. Es ist seltsam, daß dieses Blatt, das ein Mandat gegen die Wehroverlagen und Deckung bis in die letzte Zeit hinein für das richtige gehalten hat, sich jetzt mit der Vertagung der Lösung der Volkendebatte bis zum Herbst abfinden will. Es begründet seinen Unfall mit folgenden Worten: „Man sollen aber die Wehroverlagen erst am 1. Oktober in Kraft treten. Es muß also zunächst dafür gesorgt werden, daß die Wehroverlagen in dem zweiten Etatsjahre vom 1. Oktober 1912 bis zum 31. März 1913 gedeckt sind. Für uns unerwartet ist keinem Zweifel, daß in dem begonnenen Etatsjahre die durch die Gesetzesverstärkung bedingten Mehrkosten ohne jede Schmälerung und ohne Zuhilfenahme neuer Steuern, auch ohne jede Streckung des Etats aus laufenden Mitteln und Überschüssen gedeckt werden können. Im Herbst läßt es sich noch weit besser als jetzt übersehen, ob und in welcher Höhe neue Steuern für die nächsten Etatsjahre nötig sind. Erwägt man das, so wird man sich schließlich mit einer Vertagung der Deckungsfrage bis zum Herbst abfinden können, obwohl es gewiß besser wäre, wenn auch diese Frage sofort mit der Bewilligung der Wehroverlagen endgültig erledigt werden könnte. Das Zentrum hat freilich erklärt, daß es darauf bestehen müsse, die gleichzeitige Verabschiedung der Wehroverlagen und der Deckungsvorlage herbeizuführen. Wenn sich aber bei der Beratung des ergänzten Etats, wie wir erwarten, herausstellen sollte, daß die Mehrkosten im laufenden Etatsjahre ohne Zweifel aus laufenden Mitteln gedeckt werden können, dann würde auch das

Zentrum trotz dieser seiner Erklärung mit der Vertagung der eigentlichen Deckungsvorlage bis zum Herbst einverstanden sein können.“

(Hilf und Stimmen in den hiesigen Schichten des Wahlkreises.) Die Wahlkreise bezeichnend ist das Eingetandene „nationalen Liberalen“ in den „Obenburger Nachrichten“ für Stadt und Land“, worin eindringlich zur Wahl des fortschrittlichen Kandidaten Dr. Wiemer aufgefordert wird. Es heißt daselbst: „Leider ist es ja zu beklagen, daß eine gewisse Einheit der Wähler das Ergebnis der Hauptwahl für das Bürgeramt ungünstig beeinflusst hat. Aber auf der anderen Seite glaudt sich, daß sich die Herren Sozialdemokraten doch etwas täuschen werden, wenn sie meinen, daß die bürgerlichen Wähler wiederum bei der Hauptwahl zu Hause bleiben werden. Im Gegenteil, da sie auf durchaus nationale Standpunkte stellen, werden sie am 9. Mai durch ihren Stimmzettel dem unfruchtbarsten Radikalismus der Sozialdemokratie eine deutliche Abgabe erteilen. Leider haben ja auch die Nationalliberalen im Wahlkreise es nicht über sich bringen können, eine Parole für den fortschrittlichen Kandidaten Dr. Wiemer auszugeben. Diese Stellungnahme muß von einem jeden national empfindenden Manne durchaus beklagt und verurteilt werden. Ich meine daher, daß zahlreiche nationalliberale Wähler Protest gegen die Parole einzelner verärgelter Führer erheben werden. Am 9. Mai kann es für einen bürgerlichen Wähler gar nicht anders geben, als Dr. Wiemer zu wählen.“ Diese Überlegungen werden sicherlich im Wahlkreise durchaus gewürdigt werden, und der gesunde Sinn der nicht sozialdemokratischen Bevölkerung läßt erhoffen, daß die eigentümliche Haltung einzelner Nationalliberalen mit umso lebhafterer Stimmabgabe für Dr. Wiemer beantwortet wird. Jedenfalls kann die Wahl vom 9. Mai für die Gestaltung der Parteiverhältnisse von ganz besonderer Bedeutung werden.

(Der Beschluß der nationalliberalen Vereinigung.) Die nationalliberalen in der Provinz haben am 7. Mai in der Provinzversammlung in der Provinz eine Entscheidung über die nationalliberalen Kandidaten Dr. Wiemer abgelehnt, wird vom „Sannoverischen Cour.“ unverständlich und unzufrieden bedauerlich genannt. „Seine Beweggründe“, so schreibt das Blatt, „sind in Schleiher geblieben, ein logisches Denken führt durchbringen kann. Politischer Wert können sie kaum sein, selbst wenn die Obenburger Nachrichten gerade auch in diesem Punkte richtig liegen. Es ist erklärlich, daß der nationalliberale Parteitag auf diesen Beschluß hin sein Amt niedergelegt hat.“ Selbst die rechtsgerichtete „Tägliche Rundschau“ schreibt: Unbegreiflich ist und bleibt der Beschluß der nationalliberalen Vertrauensmänner in der Provinz. Wenn sie eine Initiative des Bundes der Landwirte bildeten, wäre ein solcher Beschluß nach den Erfahrungen des letzten Wahltages begreiflich, wenn auch durchaus vermessen. So aber ist er derartig widerständig und ein Zeugnis so unglücklicher politischer Abgeschlossenheit, daß man die erste Nachricht darüber noch mit einigem Zweifel an der Möglichkeit eines solchen Unsinns weitergab. Inzwischen ist jeder Zweifel an der Tatsache geschwunden, denn die parteiliche „Mitteil. Vorpost.“ befähigt ihn, indem sie sich mit einer offenbar von der Parteileitung stützenden Note gegen den beschriebenen Beschluß der Provinzversammlung der nationalliberalen Herren von Barel-Sever meldet.

Provinz und Umgegend.

† Halle, 7. Mai. Das schwere Unglück im Kalischacht „Krügershall“. Von den Opfern des schweren Unglücks im Kalischacht „Krügershall“ sind zwei, nämlich der Steiger Träger und der Lehrer Söckchen, gestorben. Vier Lehrer und ein Bergmann liegen noch schwer verletzt im Krankenhaus. Aber das Unglück wird folgende Darbietung gegeben: Die Teilnehmer, etwa 40 Mitglieder des Lehrervereins Halle, befanden sich die Grube, wobei sich das Unglück ereignete. Bei der Vorführung eines Luftdruckversuchs stammte eine in der Nähe stehende Sprengstoffkiste auf, wodurch mehrere Teilnehmer mehr oder weniger schwere Brandwunden erlitten, ebenso ein Häuer. Wie die Riste fangen konnte, ließ sich noch nicht ermitteln; doch wird mitgeteilt, daß die Riste den bergpolizeilichen Vorschriften entsprach. Nur durch einen unglücklichen Zufall, vielleicht durch eine in der Riste befindliche Kfäuerung war es möglich, daß ein von einer Magnesiumal abfallendes Stündchen oder ein glühendes Teilchen von einer der benutzten Lampen in die Riste gelangen konnte. Eine Explosion hat nicht stattgefunden, vielmehr sind die Verletzungen durch das Verbrennen des in der Riste enthaltenen Sprengpulvers erfolgt. Bei Demonstrationsversuchen hat sich demnach das Unglück nicht ereignet. Soweit bis jetzt feststeht, trifft weder die Vermaltung noch die einzelnen anwesenden Beamten eine Schuld. Zum Verschuten der Grube waren die Teilnehmer in drei Gruppen geteilt worden. Die Gruppe, welcher die Verunglückten angehörten, wurde durch einen Steiger, einen Fahrwäher und einen Aufseher geführt. Der Betrieb des Wertes hat zur Zeit des Ereignisses fast vollständig geruht. Durch die Rettungsapparate, die sofort in Tätigkeit gesetzt wurden, gelang es den Grubenbeamten, die Verunglückten aus dem mit Rauch und Verbrennungsgasen angefüllten Raume herauszuführen.

† Magdeburg, 8. Mai. Ein Hochstapler in Uniform hat, wie schon kurz gemeldet hier ein kurzes „Gastspiel“ gegeben. Er trat am 3. d. M. in einem hiesigen Hotel in Zivil ein, verließ aber bald darauf das Hotel in der Uniform eines Kavallerieoffiziers und kaufte in einem Juwelergeschäft ein sehr wertvolles Brillantenkollier. In Zahlung gab er einen Schein auf die Deutsche Bank in Potsdam. Telephonisch wurde er nach dem Wertlosgelicht. Daraufhin ging die Kriminalpolizei an die Verfolgung des Betrügers. Dieser batte sich in dem Hotel als Graf Vesulj-Huc aus Namslau eingetragen.

Die Untersuchungen stellen fest, daß er sofort nach dem Betrag abgereist war, und zwar nach Halle. Er wurde dort auch ermittelt und festgenommen. Das Gut hier erwerbenden Kollies war noch in seinem Besitz, dieses selbst aber ist verschwinden. Bei seiner Festnahme fand man dagegen noch ein Paar Brillantenohrringe im Werte von 800 Mk. bei ihm, die er einem anderen hiesigen Juwelier abgenommen hatte. Der Betrüger wurde als der Leutnant a. D. Heribert Mehl aus Königsberg festgesetzt. — Der 9. Handlungsgehilfenrat des Deutschen nationalen Handlungsgehilfen-Verbandes für Sachsen-Anhalt wurde am Sonntag hier abgehalten. Oberpräsident v. Hegel wohnte der Versammlung bei.

† Tetschen, 7. Mai. Der bekannte Hungerstein bei der Tetschener Retzbrücke, der nur im Hochsommer während der trockensten Jahre zutage tritt, ist infolge der anhaltenden Trockenheit bereits jetzt sichtbar. Wenn nicht ausgiebiger Wetterumschlag eintritt, befürchtet man die Nomenbigkeit, die Schiffsahrt in Kürze einzustellen.

† Queblitz, 7. Mai. Welchen Schaden die Nonnenrauben im verfloßenen Frühjahr in dem wertvollen etwa 50-jährigen Kiefernbestande im kabbischen Forstort „Elsfall“ angerichtet haben, läßt sich nunmehr übersehen, nachdem vor kurzem die Bauarbeiten eingeleitet sind. Obwohl nur die am ärgsten zerfetzten Stämme, deren Höhen nur mit Sicherheit zu erwarten sind, gefällt sind, gelangen auf einer Fläche von etwa 16 ha etwa 1000 Ferkometer zum Ausfall. Der meiste größte Teil ist als Grubholz aufgearbeitet und im ganzen verkauft worden. Da zu befürchten steht, daß die Raupen auch in diesem Frühjahr in den zerfetzten Beständen wieder massenhaft erscheinen werden, und wenn es ihnen an Nahrung fehlt, in die nächstliegenden Kulturen abwandern werden, hat man um diese Schutzmaße aus Holz von etwa 15 cm Höhe errichtet, die auf der Außenseite mit Nuppen versehen sind.

† Monneburg, 7. Mai. Heute nacht brannten im benachbarten Heut die Bauerngüter der Gutsbesitzer Meinhart und Stöbel nieder. Das Vieh konnte gerettet werden. Die Entstehungsurache ist unbekannt.

† Kassel, 7. Mai. In seiner Wohnung in der Karlsruher Straße hat sich der Gerichtsassessor Fabrad mit seinem Revolver erschossen. Das Motiv der Tat ist auf eine durch schwere Nervenkrankheit hervorgerufene Gemütsereption zurückzuführen.

† Koburg, 8. Mai. Zum Hofstet der Mutter wird aus Friedrichroda gemeldet: Am letzten Sonntag, dem ersten nach dem Inkrafttreten des Automobiltreuzgesetzes, herrschte hier und in den meisten Kur- und Fremdeorten des Thüringer Waldes ein ganz minimaler Automobiltverkehr, während sonst Sonntags eine große Anzahl von Automobilen aus allen Gegenden Deutschlands zu sehen waren. Dies Ausbleiben des Autos wurde sehr angenehm empfunden.

Sachsen.

In die Altmark, nach der altberühmten Kaiserstadt Tangermünde, hat die Evangelische Bund der Provinz Sachsen in diesem Jahre seine Versetzen für den 6. und 7. Mai zur diesjährigen Tagung geladen. Die Verhandlungen begannen, wie immer, mit einer geschlossenen Abgeordnetenversammlung. Von den 192 Zweigvereinen waren 104 vertreten. Der Vorsitzende des Hauptvereins Justizrat Glaze-Halle eröffnete die Versammlung mit dem Wunsch, daß auch die diesjährige Tagung erfolgreich und fruchtbringend verlaufen möge. Über den Stand der sächsischen Bewegung wurde ein eingehender gedruckter Bericht ausgegeben, der ein geändertes Fortschreiten der Bewegung meldet. Die Zahl der Übertritte im Jahre 1911 betrug 489, wovon 290 weniger als 1910, dem Jahr der Hermanns-Inschrift, aber sie war höher als die aller früheren Jahre, mit Ausnahme von 1899 und 1901. In den letzten 14 Jahren sind 65 685 Personen evangelisch geworden. Im Hinblick auf den 400-jährigen Gedenktag der Reformation im Jahre 1917 wird auf den Beschluß des Gesamtverbandes hingewiesen, eine Reformationsjubelversammlung zu sammeln. Es ergreift an alle Zweigvereine die dringende Bitte, mit den Sammlungen baldigst zu beginnen, damit der Sammelverein der Provinz, in der die Wäge der Reformation stand, mit Ehren bestehen könne. Der Vertreter des Zweigvereins Wittenberg überbrachte die Einladung, das Jahresfest des Evangelischen Bundes unserer Provinz 1917 in Wittenberg zu feiern, was freudigen Beifall fand. Unter dem Gehalt der Gloden begaben sich die Teilnehmer nacheinander in die St. Stephanskirche zum Festgottesdienst. Generalsuperintendent Stolte-Magdeburg hielt die Festpredigt. In dem angedeuteten schon betorkierten Saale des „Elsbath“ fand sich am Abend eine so zahlreiche Menge zur öffentlichen Versammlung ein, daß der weite Raum die Teilnehmer kaum zu fassen vermochte. Der Präsident des Königlich-königlichen Komitees v. Dömming überbrachte die Segenswünsche des Kirchenregiments. Die Festrede hielt Prof. D. Schöler in Berlin über das Thema: „Der deutsche Protestantismus und die öffentliche Meinung.“ Es drang dem deutschen Protestantismus die Lösung von seiner Vergangenheit, von der Reformation. Dann erweise der Protestantismus als ein selbständig erzeugtes Prinzip des modernen Lebens, die Reformation aber als eine vergangene Geistesbewegung, die heute nicht mehr als die Fahne des Protestantismus zu gebrauchen. Demgegenüber stellen wir fest, daß der Protestantismus zugrunde gehen würde, wenn er sich nicht als ein lebendes Geistesleben, das die öffentliche Meinung entrollt einer derartigen geistlichen Auffassung der öffentlichen Meinung gegenüber die Fahne: Was du ererbst von deinen Vätern hast — erwidere es, um es zu besitzen!

Beantwortliche Redaktion, Druck und Verlag von H. Höfner in Wetzburg.

Zeige ergebenst an, daß ich den
Alleinverkauf & Depot der
Deutschen Sekt-Kellerei
 I. C. G. Heidsieck & Co., Ringen a. Rh.
 für Merseburg und Umgegend
 übernommen habe und deren
 Spezialmarken zu Originalpreisen
 verkaufe.
Gebr. Schwarz Nachf.,
 Inh.: Dr. phil. G. Rudolf Schubert,
 Merseburg a. S.,
 Kl. Ritterstr. 12. Fernspr. 268.

Einzig und altbewährt ist
MAGGI'S Würze. Wer
 sie ein-
 mal
 verucht, wird sie immer verwenden.
 Bestens empfohlen von Frh. Schanze, Frh. Paul Meisch, Delikat.,
 Kleine Ritterstraße 15.

Aufmerksame
 Bezeichnung. Mässigste
 Preise.

Karl Jänzer
 Adolf Schäfers Nachfolger
 Merseburg. Entenplan 7.

Spezial-Geschäft
 für
 Leinen- und Baumwollwaren,
 Tischzeuge, Handtücher, Hauswäsche,
 Bettfedern und Betten.

Fernspr. 259.

Solide
 Qualitäten. Grosse
 Auswahl.

**Segel- u.
 Schiffspreise**
 in großer Auswahl zu
 bekannt billigen Preisen
Hans Käther,
 Markt 20.

Sie funkeln!



wie die Augen des Katers in dunkler Nacht, nämlich
 Ihre Stiefel, wenn Sie diese mit **Dr. Gentner's**
 Schuherème „Nigrin“ behandeln lassen.
 Hochglanz im Moment!
 Alleiniger Fabrikant auch des so beliebten Veilchenseifen
 pulver „Goldperlen“.
Carl Gentner, Fabrik chem.-techn. Produkte Göppingen.



**Teschings, Revolver,
 Browningspistolen,
 Luftbüchsen, Pistolen etc.**
 größte Auswahl am Platze, in
 Kaliber 5, 6, 7, 9, 12 mm, sowie
 Munition dazu liefert als lang-
 jährige Spezialität billiger als
 jede Konkurrenz

C. Hübenthal,
 Büchsenmacher,
 Halle a. S., Leipzigerstr. 86.
 Telefon 2504.
 Ecke der gr. Brauhausstraße.
 Billigste Bezugsquelle sämtl.
 anderen Waffen.
 Munitions- u. Jagdartikel.
 Reparaturen jeder Art solid und
 preiswürdig.

Es wird öffentlich bekannt gemacht, daß

Knorr's Suppen

die besten sind. :-
 Probieren Sie selbst.

1 Knorr's Suppenwürfel = 3 Teller Suppe = 10 Pfennig.
 — 40 verschiedene Sorten. —

Johannis-Bad Schmiedeberger Moorbäder. Kohlensäure, Schwefel, Sauerstoff, Fichtennadel- u.
 Schwitzbäder. Gute Heilerfolge bei Ischias, Nerven-
 u. Herzleiden, Rheumatismus. — Fernspr. Nr. 245.

Johannisstr. 10. 1 Min. vom Markt. Ross.-ir.-röm. Bäder (Dampfbäder).

**Fahrräder,
 Näh-, Wasch- und
 Wringmaschinen**
 sowie alle Zubehörsache kauft man
 am besten und billigsten bei
Gustav Engel.
 Größte Reparaturwerkstätte am
 Platze.

**Salamander-
 Stiefel!**
 Beste Marke. Grosse Auswahl.
R. Schmidt, Markt 12.

Für Kinder
 ist die beste Kinderseife, da äußerst
 mild und wohltuend für die
 empfindlichste Haut:
Bergmanns Buttermilch-Seife
 von Bergmann & Co., Midebeul,
 a. St. 80 Pf. bei W. Fuhrmann,
 Wilh. Kiesel, Fr. Fr. Herrfurth,
 In München: in der Apotheke.

Cocosa

feinste
Pflanzen-Butter
 MARGARINE

Holl. Marg. Werke, Jungens & Prinzen G.m.b.H. Goch. Rhld.

Größtes Atelier, Photographie **Bud. Arndt,** Merseburg, Gotthardtstraße 42.
 Vorzüglich eingerichtet. Hierzu 2 Beilagen.



Erste Beilage.

Die Erde als Mittelpunkt der Welt.

Wenn heutzutage jemand behaupten würde, die Bewegung von Sonne, Mond und Sterne sei genau so, wie sie der Augenschein lehre, daß alle die Erde festsetze und alle Himmelskörper sich um sie herum bewegen, von Ost nach West, so würde er Gefahr laufen, nicht für ernst genommen zu werden. In der hochbetagten Kreis diese Ansicht ausdrückt und die Pietät vor seinem weisen Haar ein Spötteln verbietet. Keint doch jedes Kind, daß zwar der Mond die Erde umkreist, daß aber die augenscheinliche Bewegung der übrigen Himmelskörper ihre Ursache hat in der Bewegung der Erde um ihre Achse und um die Sonne. Trotzdem hat ein Mann, der sich schon lange und mit Eifer der Astronomie widmet, ganz neuerdings den Mut gehabt auszusprechen, die Erde sei das Zentrum der Welt und alle Himmelskörper bewegen sich um sie herum: es ist Johannes Schläf in Wetzlar. In der „Mise“ hat er seine Behauptung eingehend begründet. Es ist nicht leicht, Stellung zu seiner Hypothese zu nehmen. Wir lassen die wichtigsten Gedanken aus Schläfs Arbeit hier folgen und werden gegebenenfalls begründeten entgegengesetzten Ansichten hier Raum gewähren.

Die Sonnenflecke sind in Schläfs Kosmogonie von fundamentaler Bedeutung. Sie ziehen über die uns zugekehrte Sonnenfette von Osten nach Westen innerhalb einer Zone, die nördlich und südlich vom Sonnenäquator etwa von 40. Parallellkreis begrenzt wird. Die Flecken wandern bis zur Mitte und verschwinden wieder; nur wenige erreichen den Westrand und selten vollendet ein Sonnenfleck einen ganzen Umlauf. Alle kommen um den Oststrand herum, und auf der uns zugekehrten Sonnenhalbkugel entstehen keine Flecken. Die Oberfläche der Sonne ist gasförmig-glühflüssig und wird von Oberflächenströmungen beherrscht, aus der Äquator am intensivsten sind und das Produkt aus der Zusammenziehung (Kontraktion) und dem inneren Gegendruck (Replikation) darstellt. Beim Umlauf der Sonne wird ihre Oberflächeströmung nach innen gelenkt. Sie beginnt am Westrand, wo der Anord am größten ist. An der Ostseite entsteht eine Aufwirbelung oder Verwirrung, und hier ist der Ort, wo sich die Flecken zunächst in Gestalt von mächtigen Wirbeln und Strudeln bilden. — Der Strom vom Vorne her hat die Sonne ständig photographiert und festgehalten, daß ihre Gestalt periodisch seitliche Wellenform ergräbt, wodurch der polare Durchmesser länger wird als der äquatoriale. In diesem Stadium hat die Korrektion der Oberhaut, und es entstehen keine Flecken. Wenn jedoch der äquatoriale Durchmesser der größte ist, herrscht der innere Gegendruck, die Replikation, vor und die Sonne weist ein Flächenmaximum auf. Durch die Photographie ist auch festgestellt, was Schläf aus seiner „antitopozent-

tanischen Prämisse“ gefolgert hatte, nämlich daß die Sonnenflecken alle um den Oststrand herumkommen. Wenn sich nun die Erde um die Sonne bewege, so müßte uns auf dieser Reise doch einmal der Ort der Fixsternenstreuung zu Gesicht kommen, was aber nie geschieht. Daß aber die kleine Erde auf die Sonne einen Einfluß auszuüben imstande wäre in dem Sinne, daß sie einen Schwarm von Meteoriten erzeugt, die alle auf die uns abgewandte Sonnenhalbkugel herüberströmen und die Sonnenflecken erzeugen, ist wohl nicht anzunehmen. Denn manche Sonnenflecke sind zwar jenseitig so groß wie unsere Erde, und es müßten schon ganz respektable Meteorite sein, die solche Flecken zu erzeugen imstande sein sollten. Auch würde dieser angenehme Meteoritenschwarm den effährigen Wechsel der Flecken maxima und minima nicht erklären.

Nach ihrer Erhaltung wird die Sonne dieselben Oberflächenformen zeigen wie der Mond, der doch auch die Erde umkreist und keine Rotation zeigt. Die Mondringgebirge sind erstarrte Oberflächenbildungen, die den Sonnenflecken entsprechen. Sie sind ebenso wie diese, also weder durch Meteorite, noch durch vulkanische Ausbrüche entstanden, sondern durch Strudel- und Wirbelbildungen. Auch die Nordpfeilen hatten ihren Ursprungsort hinter dem Oststrand, sie bewegten sich über die uns zugekehrte Halbkugel nach Westen und führten Oberflächenmaterial mit sich, jedoch dies in Form von Hochlandsmassiven auf der Westseite angehäuft wurde. Die Erde weist ganz andere Oberflächenformen auf: Faltengebirge, die durch den Rotationsmaximismus entstanden sind und auf der nördlichen Halbkugel nach den Polstellen, auf der südlichen dagegen nach den Äquator angeordnet sind. Die Erde ist eben der einzige rotierende Himmelskörper, der seine Stellung unverändert beibehält; Sonne, Mond und Sterne bewegen sich um sie herum, und zwar die Planeten in flachen, langgestreckten Schichten. Die Himmelskörper sind nichts anderes, als Kontraktionen, Verknotungen der reinen Energie, die das Weltall, den Kosmos bildet und, allseitig begrenzt, aber nicht unendlich, die Gestalt einer Ellipse hat. Sie liegen in einer äquatorialen Kraftspannung, jenseits als Knoten in dem Weltstoff, die reine Kraft, eingewickelt, sie können nicht rotieren und bewegen sich um ein Zentrum herum, und dies ist die Erde.

Parlamentarisches.

Deutscher Reichstag. (Sitzung vom 7. Mai.) Der Reichstag leste, nachdem er die Beratung über den Antrag der Reichspartei betr. die Jubiläumsgedächtnisrechte beendet hatte, die kürzlich abgebrochene Debatte über die Wägen in den Kolonien fort. Eine Resolution der Budgetkommission fordert die gesetzliche Gültigkeit der Wägen. Ein Antrag Dr. Wabandt (Vp.) betr. die Wägen in den Kolonien ist zur Verhandlung der Selbstverwaltungsorgane der deutschen Schutzgebiete, die aus dem Geschlechtsverkehr zwischen Weibern und Eingeborenen sich ergebenden Rechtsverhältnisse für die einzelnen deutschen Schutzgebiete besonders zu regeln.

Der Zentrumsbischof, Gröber vertrat nochmals den Standpunkt seiner Fraktion, betr. die absolute Gültigkeit der Wägen. In der Hand von Photographien demonstrierte er dem Hause, daß die Samoanerinnen recht physische Erscheinungen sind. Ein Deutscher brauche nur mit einer Schwärzerin in einer englischen Kolonie Frauen zu lassen, dann sei seine Ehe unanfechtbar. Der Konterpartie v. Wöhlendorff sprach sich für den liberalen Antrag aus, den dann der Nationalliberale Frhr. v. Michlison in längerer Rede begründete. Zum Schluß der Volksparteier Dr. Wabandt an der namentlich auf die Konsequenzen hinwies, die die Zulassung der Wägen für die weißen Frauen haben würde; man dürfe die Sache nicht dem grünen Tisch auserdichten, ohne die zunächst daran Beteiligten gehört zu haben. Von der Reichspartei sprachen dann noch die Abg. Zürn und Liebert, von der Christlich-sozialen Vereinigung der Abg. Wum. Hierauf folgte die Rede des Abg. Leber, mit welcher er die ganze Wägen-debatte eingeleitet hatte, in zweiter Auflage. Dann verlas sich das Haus am Mittwoch. Auf der Tagesordnung steht die Beratung des Etats des Reichstagsamts und mehrerer kleiner Etats.

Abgeordnetentag. (Sitzung vom 7. Mai.) Im Abgeordnetentage wurde am Dienstag zunächst die dritte Lesung des Kultussetzes beendet. Die Abg. Dr. Kaufmann (Z.) und Winkler (L.) führten Beschwerde darüber, daß anscheinend der Universität Frankfurt doch weitergehende Rechte bei der Werbung der Professoren eingeräumt werden sollten, als sie die übrigen staatlichen Universitäten besitzen. Minister v. Trost zu Solz verteidigte diese Behauptung und betonte, daß auch in diesem Falle die Rechte der Krone und des Staates keineswegs angegriffen würden. Abg. Dr. Schumann (N.) gab nochmals dem Bedauern darüber Ausdruck, daß der Vorliegende der Unterrichtscommission den wichtigsten Antrag über den Zwangsreligionsunterricht der Disidentenfürer noch nicht auf die Tagesordnung gesetzt hat. Abg. Gehring (Vp.) erklärte, seine Freunde verurteilen auf das höchste jeden Gemeinzwang in bezug auf den Religionsunterricht der Disidentenfürer. Die fortschrittliche Volkspartei werde alles daran setzen, den Antrag möglichst bald zur Beratung zu bringen. Er betonte dann die Notwendigkeit eines rascheren Tempes bei der Einbringung der wichtigsten Reformen und forderte eine Beschleunigung der Regelung des Privatwahlrechts. In der dann folgenden drittensitzung des Reichstages sprach die Abg. Dr. Wabandt (Vp.) Wägen in den Kolonien und betonte, daß die Wägen in den Kolonien eine Ausgestaltung der Arbeiterausübung. Auch Abg. Dr. Schupp (Vp.) unterstützte die Forderungen der Privatwahlrechtsabgeordneten. Am übrigen wurden in der Debatte viele lokale Eigenabwände vorgebracht. Die Redezeit war so lang, daß der Präsident einen Abbruch befahl. In dem dann folgenden Antrag über die Wägen in den Kolonien wurde dem Reichstag der Antrag des Reichstages über das unzulässige Vorgehen des Leiters der Provinzial-Treanantien in Potsdam gegen die Kooperationsfreiheit des Pflegerpersonals. Er forderte weiter die vermehrte Konzentration der Wägen in den Kolonien und die Ermächtigung der Wägen in den Kolonien zur Beschaffung der Selbstverwaltung. Abg. Gieseler (Vp.) wandte sich gegen das Verhalten des Berliner Polizeipräsidenten v. Nagow gegenüber der Erörterung des bekannten Schießereis in der Stadtvorordnetenversammlung. Er wies in juristischen Darlegungen nach, daß die Berliner

Ein dunkles Geheimnis.

Kriminal-Roman von Ewald August König. (21. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.) Wir hatten eine Blendlaterne mitgenommen und den Hausnachbar an der Treppe zurückgelassen, so daß wir vor einem plötzlichen Überfall sicher waren. Wir fanden das Zimmer leer und der Herr wollte sich schon wieder entfernen, aber ich vertrat ihm den Weg und bestand auf genauer Durchsuchung. Da fanden wir den Kuffcher unter dem Sofa im tiefsten Schlaf und wie wir ihn auch rüttelten und schüttelten, er erwachte nicht. Ein Zweifel kann nicht obwalten, dem Manne ist eine sehr starke Dosis Opium gereicht worden, er wird vor morgen Abend nicht zu Hause Bewußtsein zurückfinden. Auf dem Tische fanden wir ein sehr geländes Doppelstiel, Pulverhorn und Kugelhülsen lagen daneben; ich war so frei, die Kugeln aus den Läufern herauszugeben und statt ihrer einen starken Papierpropfen hineinzulegen. Was nun auch kommen mag, mit dieser Lubung wird er keinen Schaden erleiden. „Was er nun vorhaben mag?“ fragte der Verwalter. „Das ahnen Sie nicht?“ erwiderte der Herr. „Durchsuchen Sie auch jetzt noch nicht seinen kranken Mann?“ Er will das gnädige Fräulein einführen. „Ah — Sie scherzen?“ „Durchaus nicht. Ich bin sogar sehr überzeugt, daß ich mit dieser Vermutung den Nagel an den Kopf treffe.“ Der Arzt nickte gedankenvoll. „Ich teile diese Überzeugung“, sagte er, „obwohl ich nicht begreife, wie die Entführung bewerkstelligt werden soll. Die Komtesse wird ihm gewiß nicht folgen und die Dienerschaft.“ „Sit samt und sonders erlaubt“, unterbrach der Verwalter ihn. „Der Kuffcher war der einzige, auf dessen Treue man bauen dürfte; der Freiherr hat ihn unbeschädigt zu machen gewußt. Und daraus geht hervor, daß der laubere Plan dieses ehrenwerten Geheimnisses noch im Laufe dieser Nacht ausgeführt werden soll.“ Boden unter dem Sofa abwärts ein ziemlich vermodenes Pöden die Unterhaltung. „Still“, flüsterte der Verwalter, der sofort erriet, daß dieses Pöden mit den unanberrn Plänen seines Nebenbülers in Verbindung stand, „ich glaube es ist besser, wenn die Dienerschaft vermutet, daß ich allein sei. Treten Sie leise in jenes Zimmer, meine Herren, und verhalten Sie sich ruhig, wir werden ja bald wissen, wer

nach so spät zu mir will und was den Betreffenden hierher führt.“ Der junge Mann warf nach diesen Worten rasch Kopf und Weite ab und öffnete dann behutsam die Türe. Das Stubenmädchen trat mit einem Lächeln auf den Lippen ein. Sie trat auf einem silbernen Koffer eine Flasche Champagner und ein hohes Kelchglas. „Diese Flasche“, rief Jener den gnädigen Fräulein mit dem Wunsche, daß Sie dieselbe auf ihr Wohl leeren mögen“, sagte sie, während sie näher trat. „Nach dem, es sei ein alter schöner Wein, der schon seit fünfzehn Jahren im Keller liege und er zweifle nicht, daß Sie denselben ausgezeichnet finden würden.“ Der junge Mann, weit entfernt, diese Sendung mit den Plänen des Freiherrn in Verbindung zu bringen, dankte und schon wollte das Mädchen sich wieder entfernen, als aus dem Nebenzimmer der Richter rasch eintrat. „Soll“, sagte er, „Sie bleiben — und lassen Sie sich durch einen Laut verstört, lasse ich Sie augenblicklich verhaften.“ „Aber mein Gott, wozu das?“ fragte der Verwalter überrascht. Der Richter gab auf diese Frage keine Antwort, er schloß die Tür und befahl dem sichtbar erschrockenen Mädchen, sich zu setzen. „Von wem hat Sie diese Flasche erhalten?“ fragte er und sein Blick ruhte so fest und durchdringend auf ihr, daß sie nicht wagte, diesem Blicke zu begegnen. „Hat das gnädige Fräulein Sie beauftragt, die Flasche dem Herrn Verwalter zu bringen? Reden Sie die Wahrheit, nach diesem Verhör wird ein zweites folgen, also wird Sie Ihre Aussagen beschreiben müssen. Also, wie ist’s?“ Hat das gnädige Fräulein Sie beauftragt?“ „Nein.“ „Wer gab Ihnen die Flasche?“ „Nach.“ „Zu welchem Zwecke?“ fragte der Verwalter, dem sehr wie man zu sagen pflegt, ein Licht angegangen war. „Das werden wir bald wissen“, erwiderte der Richter, der inzwischen eingetreten war, während er den Draht löste und die Flasche entorkte. „Verzeihung“, jammerte das Mädchen, „man hat mir so lange zugeseht, bis ich ja sagte, in meinem Herzen habe ich die Pläne dieser elenden Menschen nie gefällig.“ Die Flasche enthält eine starke Dosis Opium“, fuhr der Arzt fort; „der Zweck, dem sie als Mittel diente, ist also klar.“ „Hat man auch dem gnädigen Fräulein eine solche Flasche zugebracht?“ fragte der Verwalter in fieberhafter Aufregung.

Das Mädchen nicht. „Dann dürfen wir keine Sekunde verlieren.“ „Sollt halt!“ fiel der Richter dem erregten jungen Manne ins Wort. „Gute Nacht.“ „Aber die Komtesse wird abnungslos dieses Gebräu trinken.“ „Es ist keine Gefahr dabei“, sagte der Arzt ruhig. „Und im Notfall finde wir zu ihrem Schutz hier“, fügte der Richter hinzu. „Sie kennt also die Pläne des Freiherrn? Wann soll die Entführung losgehen?“ „Punkt zwölf Uhr“, erwiderte das Mädchen mit wachsender Angst. Der Freiherr hofft, daß bis dahin die Komtesse und der Verwalter in tiefster Schläfe liegen werden. Wer ist außer Ihr im Bunde?“ „Der Kammerdiener und die Köchin.“ „Hat man ihr ebenfalls eine Flasche Wein gebracht?“ „Nein, die Köchin hat das Pulver in das Gebräu geschüttelt, welches das gnädige Fräulein jeden Abend zu trinken pflegt. Die Speisen sind frisch gepfeffert.“ „Aber ich verstehe. Wer wird die beiden fahren?“ „Der Baron fährt selbst.“ „So, so, wohl mit den Pferden der Komtesse und mit ihrem eigenen Wagen? Deshalb also wird der Kuffcher bereit?“ „Das wissen Sie auch schon?“ fragte das Mädchen bestürzt. „Sind die Obrigkeit weiß alles. Wer begleitet die Komtesse?“ „Nach.“ „Welch Sie, welchen Weg man einschlagen wird?“ „Ja.“ „Führt dieser Weg durch den Park?“ „Nur durch einen Teil desselben. Wissen Sie, wo die Einleitbeile ist?“ „Ja, das ist der nächste Weg nicht, der nach C. führt.“ „Nach C. wollen Sie auch nicht.“ „Aber der Freiherr hat Auftrag gegeben, daß sein Gepäc nach C. pediert wird.“ „Am die Leute auf eine falsche Fährte zu führen, für den Fall, die Entführung entdeckt wird.“ „Das habe ich sofort geahnt“, sagte der Arzt. „Ich begreife nicht, daß Sie dabei so ruhig bleiben“, nahm der Verwalter das Wort. „Weshalb waren wir die Komtesse nicht? Weshalb treffen wir nicht unsere Vorkehrungen, um diese Entführung zu verhindern?“ (Fortsetzung folgt.)

Zweite Beilage.

Deutschland.

(Der Entwurf eines Reichsgesetzes zur Bekämpfung der Bienenweiden) ist namentlich fertiggestellt und soeben den Bundesregierungen zugegangen. Um den Interessenten Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben, wird der Entwurf schon in den nächsten Tagen veröffentlicht werden. Dem Bundesrat und Reichstag wird er als Vorlage im nächsten Spätherbst zugehen. Es handelt sich in erster Linie um Maßnahmen gegen die Faulbrut, durch die die deutsche Bienenzucht stark bedroht wird. Die Einführung einer Anzeigepflicht, die die Bienenweiden feststellen soll, ist zu erwarten, und ebenso ein gesetzlicher Zwang zur Vernichtung der Faulbrut. Auch dürfen Einrichtungen getroffen werden, die eine Entschädigung der Bienenzüchter, deren Bienen wegen Faulbrut oder wegen Verbreitung der Faulbrut vernichtet werden müssen, ermöglichen. Nach der letzten Vorschläge waren im deutschen Reich 2 1/2 Millionen Bienenstöcke vorhanden, von denen auf Preußen 1 1/2 Millionen kommen. Berechnet man jeden Bienenstock mit 20 Mt., so würde in Deutschland ein Betrag von 50 Millionen in solchen Beträgen angelegt sein. Die Entschädigung der Bienenzucht im deutschen Reich sind auf rund 30 Millionen zu berechnen. Infolge ungenügender Bienen und mangelnder Bienenweide ist die Zahl der Bienenzüchter in der letzten Zeit bedauerlicherweise stark zurückgegangen.

(Neu vergebene Kriegsschiffsbauten.) Die Kriegsschiffsbauten des Marine-Gesetzes 1912 sind jetzt, vorbehaltlich der Zustimmung des Reichstags, an die verschiedenen Werften vergeben worden. In diesem Jahre sind, der „Wld. Ztg.“ zufolge, alle Aufträge an Offizierwerften gefallen. Der Bau des Linien-Schiffes „Eras Branzenburg“ wurde der Germania-Werft in Kiel übertragen, der Bau des Panzerkreuzers „Kaiserin Augusta“ der Schiffswerft in Danzig. Von den beiden kleinen Kreuzern wird die kaiserliche Werft in Kiel „Eras Prinz Wilhelm“, die Vulkanwerft in Stettin „Eras Irene“ bauen. Der Bau einer aus zwölf Fahrzeugen bestehenden Torpedobootflottille wurde der Schiffswerft in Elbing übertragen. Der Bauauftrag für sechs Unterseeboote wird die Germania-Werft in Kiel erhalten.

(Das Schiffsfahrtsabgabengesetz teilweise in Kraft gesetzt.) Durch Kaiserliche Verordnung vom 29. April ist auf Grund des Artikels VII des Gesetzes, betreffend den Ausbau der deutschen Wasserstraßen und die Erhebung von Schiffsfahrtsabgaben im Namen des Reichs nach erfolgter Zustimmung des Bundesrats bestimmt worden, daß die Artikel I und III bis VII des vorgenannten Reichsgesetzes für das ganze Reichsgebiet, der Artikel II dieses Gesetzes für das Stromgebiet der Weser am 1. Mai 1912 in Kraft treten. Damit hat die Weichenschiffahrt bereits ihre Abgaben weg. Für Elbe und Rhein muß die Zustimmung Österreichs und Hollands eingeholt werden.

(Militärisches.) Während bisher nur Offiziere als Flieger ausgebildet wurden, soll, wie der „Tag“ erzählt, die Ausbildung von Unteroffizieren im Seereschiffbau ebenfalls beabsichtigt sein.

(Im Hinblick auf die Stichwahl in Barel-Zeuer) legt die „Brenzlg.“ die Desveradaposition ihres Herrn und Meisters, des Abg. v. Gendeband, munter fort. In einer ihrer letzten Nummern schließt sie eine Betrachtung über die Oberburgische Stichwahl mit den Worten: „Die Konfessionen müßten also keine ethischen Todfeinde der Revolution rühren wollen, um deren Verbündeten zu werden.“ Die „Verbündeten“ der Sozialdemokratie sind die Fortschrittler, die in Barel-Zeuer im schärfsten Kampfe mit den Sozialdemokraten stehen. Daher der Name „verbündete“!

Gerade die „Kreuz-Zeitung“ hat sich schon bisher darin hervorgetan, daß sie die konservativen Elemente in Barel-Zeuer zu veranlassen suchte, die Sozialdemokraten mindestens indirekt durch Wahlenthaltung zu unterstützen. Wir können allerdings nicht glauben, daß solche kaum noch verbliebenen Parteien zum Nutzen der Sozialdemokratie bei der obenbegriffenen Bevölkerung Einbruch machen werden. Hat doch selbst die „Deutsche Tageszeitung“ unlängst erklärt, daß die „Eintritt für eine sozialdemokratischen Kandidaten immer und unter allen Umständen mißbilligt“ und hat doch dieselbe bündlerische Organ ohne Handbemerkung und Vorbehalt die Äußerung der Nationalliberalen Korrespondenz wiedergegeben, es sei „selbstverständliche nationale Pflicht“ der für die Stichwahl ausgefallenen Parteien, ihre Stimmen geschloffen für den bürgerlichen Kandidaten“ abzugeben.

Literatur, Kunst und Wissenschaft.

Hauptversammlung

des Thüringisch-sächsischen Geschichtsvereins. Halle, 6. Mai. Die diesjährige Hauptversammlung, die im Auditorium maximum der Universität tagte, leitete der Ehrenvorsitzende, Verbandshauptmann Freiherr von Wilmowski. Er gedachte zu Anfang der Sitzung des heutigen Geburtstages des deutschen Kronprinzen, der seit dem 24. November v. J. Protetktor des Vereins ist. Professor Dr. Albert-Halle hielt hierauf den Hauptvortrag über „Sachsen-Thüringens Stellung in der deutschen Kulturgeschichte“. Der geschichtliche Jahresbericht erstattete der Vorsitzende, Bankier Dr. jur. Hans Lehmann. Die Mitgliederzahl des Vereins ist auf 636 angewachsen. Außer 408 ordentlichen Mitgliedern zählt der Verein eine Reihe von Patronen, an deren Spitze S. M. der Deutsche Kaiser und die Herzogin von Sachsen-Coburg-Gotha und von Altenburg stehen. Außerdem gehören ihm auch eine ganze Zahl von Magistern und Kreis- und Kreisräten an. Über die wissenschaftliche Vereinsarbeit berichtet der erste Sekretär, Professor Dr. Feldmann-Salle. Er wies auf die Veröffentlichungen des Vereins hin, der neben dem Jahresbericht die „Thüringisch-sächsische Zeitschrift für Geschichte und Kunst“ sowie die „Forschungen zur Thüringisch-sächsischen Geschichte“ herausgibt. Als Gegenstück zu ihnen werden demnächst noch „Studien zur Thüringisch-sächsischen Kulturgeschichte“ voraussichtlich noch im Laufe dieses Jahres zu erscheinen beginnen. Der Redner machte auch Mitteilung von dem Vermögen von Spuren eines Carolingischen Sarkofags in der Moritzburg. Nach den Festspielen dieses Sommers soll dort mit den Ausgrabungen begonnen werden. Professor Dr. Brodnitz referierte über die Begründung eines Thüringisch-sächsischen Wirtschaftsarchivs, das am besten in Verbindung mit der Universität stehen würde. Die Sache wird vom Verein weiter gefördert werden. An die Hauptversammlung schloß sich ein gemeinsames Mittagmahl und darauf die Befestigung der Domkirche.

Gerichtsverhandlungen.

Der dreifache Raubmörder Trentler vor den Geschworenen.

Unter großem Andrang des Publikums begann am Montag vor dem Schwurgericht des Landgerichts Berlin I der Morbprozess gegen den 29 Jahre alten Schloßer Oswald Trentler aus Groß-Schönau in Sachsen, der seinerzeit den schrecklichen dreifachen Raubmord in der Alten Jakobstraße an den Wittkiebern der Fumelersfamilie schuldig verurteilt. Die Tat des Angeklagten, dem der Fumelers-Schulze, dessen Frau und Tochter zum Opfer fielen, erregte allgemeines Aufsehen, zumal der Täter wochenlang sich den Nachforschungen der Behörden entziehen konnte. Seine Verhaftung gelang erst ja, vier Wochen nach der Tat, als Trentler verlorde, einige der geraubten Schmuckstücken bei einem Wirtsdirektor zu verkaufen. — Den Vorsitz in der Verhandlung führt Landgerichtsdirektor Seeger, die Anklage vertritt Staatsanwalt Zeffner, während Rechtsanwält Dr. Cohn als Verteidiger des Angeklagten fungiert. Trentler macht einen bescheidenen ruhigen Eindruck, so daß man ihm kaum die schreckliche Tat zutrauen kann. Man merkt, daß er im vorgeschrittenen Stadium der Augenüberkultose sich befindet. Seine Angaben macht er mit lo selber Stimme, daß er sich auf einen Stuhl neben die Geschworenen setzen muß. Unter seinen Vorstrafen gibt er eine von sechs Jahren Zucht-

haus an, die er wegen schweren Einbruchdiebstahls verbüßt. Bei seiner Vernehmung zur Tat erklärte der Angeklagte, daß er zunächst nach Görtz reifen und dort einen Diebstahl begehen wollte. Durch einen Mitreisenden habe er sich bewegen lassen, nach Berlin zu fahren. Der Laden des Schulze sei ihm dort früher bekannt gewesen, und er habe geglaubt, daß hier etwas zu machen sei. In der Nacht vor der Tat habe er fälschlich geschlafen, so daß er Morphium nehmen mußte; Alkohol habe er nicht genossen, da er Affektive sei. Gegen Mittag betrat er den Schulzischen Laden und ließ sich von der allein anwesenden Frau Goldbach vorlegen. Als sich die Frau einmal bückte, schlug er sie mit einem schweren Werkzeug nieder und schleppte sie hinter den Abendtisch. In diesem Augenblick kam die Tochter nach Hause. Trentler will dem Mädchen gegenüber ausgesprochen haben, daß er beide stechen wollte, er habe sie gegeben, ihn entkommen zu lassen. Als das Mädchen aber die Polizei benachrichtigen wollte, habe er sie ebenfalls niedergeschlagen. Dann erschien der Mann im Laden, den der Mörder ohne weiteres niedermachte. Dann raubte er eine ganze Anzahl Goldsachen, wußte sich die Hände und schlug nochmals auf die Frau ein, da diese sich noch wehrte. Auf ein gleichfalls gefolternes Sparfahnenbuch erhob er 150 Mt. Dann fuhr er mit einer Droschke nach dem Görtzler Ufer und tötete sich hier eine eisfreie Stelle im Kanal, wo er die Morbmerkmale ins Wasser warf. Sodann reiste er nach Görtz zurück und marschierte von dort nach Daulow. Er schiel ruhig ein und hatte auch keine Gemütsstöße, nur konnte er sich nicht vertragen, daß in der Familie von der Tat gesprochen wurde; er mußte dann immer hinausgehen. Um den Raub verküßern zu können, wandte er sich an einen entfernten Verwandten, der ihm einen Altbändler in Dresden empfahl. Hier erfolgte dann seine Verhaftung. — Nach einer kurzen Pause sollte weiter verhandelt werden, da der Angeklagte erklärte, daß er hierzu fähig sei. Der medizinische Sachverständige beantragte aber, die Verhandlung abzubrechen; er habe den Angeklagten unterzucht und festgestellt, daß seine Kräfte derartig unzulänglich wären, daß eine Weiterverhandlung unmöglich sei. Die Verhandlung wurde daher gegen mittag auf Dienstag vertagt. Die geführte Verhandlung gegen Trentler fand ein sehr rasches Ende. Der Angeklagte, der vorgelesen mehrere Auftritte, darunter auch nach der Verhandlung einen sehr schweren, erlitt, wurde von den Gerichtsräten übereinstimmend für verhandlungsunfähig erklärt. Die Verhandlung wurde auf heute, Mittwoch, vertagt. Zunächst werden die Urteile den Angeklagten im Kartell des Untersuchungsgefängnisses aufzulesen, und dem Gerichtshof Bericht darüber erstatten, ob Trentler verhandlungsfähig ist. Dazu ist jedoch sehr wenig Aussicht vorhanden und aller Wahrscheinlichkeit nach wird der Prozess vertagt werden müssen. Da dann Trentler noch niemals vor seinen richterlichen Richtern zum Erscheinen können, ist bei dem vorgeschrittenen Stadium der Schwindsticht, an der der Angeklagte leidet, mehr als fraglich.

— Prozess gegen zwei Posträuber. Die Verurteilung eines Postwagens vor dem Postamt 41 in der Ankerstraße in Berlin, bei der den Tätern bares Geld und Wertpapiere in Höhe von etwa 60000 Mt. in die Hände fielen, beschuldigte am Montag die erste Strafkammer des hiesigen Landgerichts I. Wie nach erinnerlich sein dürfte, ist dieses Verbrechen, das das größte Aufsehen erregte, nur dadurch ermöglicht worden, daß ein ungetreuer Beamter der Postkassens des Parriols, mit einem Komplizen im Einverständnis handelte und beide innerhalb zweier Minuten mit dreifacher Entschlossenheit aus Werz gingen. Infolge der großen Unvorsichtigkeit des einen Verbrechens bei der Befreiung des weniger merkwürdigen Teils der Beute gelang es der Polizei, bald beide Täter zu ergreifen, und zwar den Provinzialreisenden Cavello und den Postkassens Beamten, die nun ihrer gerichtlichen Aburteilung entgegengehen. Von den beiden Angeklagten ist nur Cavello vorbestraft, und zwar mit 80 Mark wegen Duldens von Glückspiel und mit 20 Mark wegen Körperverletzung und Betrug. Den Vorsitz in der Verhandlung führt Landgerichtsdirektor Schmidt, die Anklage vertritt Staatsanwalt Kanner, die Verteidigung der Angeklagten liegt in den Händen der Rechtsanwält Juliusberger, Dr. Jaffe, Dr. Frey und Dr. Alsbach. Vor Eintritt in die Verhandlung stellt der Staatsanwalt den Antrag auf Ausschluß der Öffentlichkeit wegen Gefährdung der öffentlichen Ordnung. Er stelle diesen Antrag auf Wunsch der Oberprokuratur, die befürchte, daß durch die erforderliche eingehende Schilderung des Raubes verbrecherisch bestimmte Personen für Tatbünd-

Wer sich vor Mottenschaden schützen will

lassen sich nicht bestimmen, eines der scheinbar billigen, in Wirklichkeit aber teureren, weil meistens wirkungslosen Mottenmittel zu kaufen, sondern verlange Sr. Majestät des Kaisers seit Jahren mit volstem Erfolg verwendete und auf seine zuverlässige Wirkung einwandlos erprobte Präparat

Dr. Weinreich's Mottenmather

schützt nicht, fleckt nicht, riecht nicht

und gestattet somit den ständigen Gebrauch der eingemotteten Stoffe.

Zu beziehen durch Apotheken, Drogerien, Parfümerien in Flaschen à M. 1,25, 2.—, 3,50 u. 6.—. Passende Zerstäuber à M. 1,10 u. 2.—. Prospekte mit zahlreichen glänzenden Anerkennungs-schreiben von militärischen Bekleidungskammern, Behörden und zahlreichen Privatpersonen gratis und franco durch den alleinigen Fabrikanten

Pharmakon G. m. b. H., Berlin SW. 29.

wert kennen könnten. Das Gericht gab nach längerer Beratung dem Antrage auf Ausschluß der Öffentlichkeit statt.

Vermischtes.

* **Drei Kinder vergiftet.** Auf dem Gut Blumeneck (Kreis Neumarkt, Schlei) hatte eine dort beschäftigte ausländische Arbeiterfamilie zur Verhütung von Nachwuchs eine feurige Masse zubereitet, die stark mit Phosphor durchsetzt war. In Abwesenheit der Eltern aßen nun deren drei Kinder von der giftigen Substanz. Unter fürchterlichen Schmerzen starben sie bald nach dem Genuß des Giftes.

* **Über die Vergung eines amerikanischen Dampfers** durch den Spagadampfer „Kronprinzessin Cecilie“ berichtet die „Samburger Beiträge“ folgendes: Der Dampfer „Kronprinzessin Cecilie“ traf auf seiner Heimreise von Savana nach Coruna den in Newport beheimateten Dampfer „Masapequa“, der durch zwei geblühete schwarze Wälle seine Manövrierfähigkeit ansetzte. Das baarierete Schiff, das mit einer Ladung von 8500 Tonnen Zucker von Port St. Juan nach New Orleans unterwegs war, hatte Maschinen Schaden erlitten und war bereits einen Tag mit gebrochener Hauptwelle übergetrieben. Vom Dampfer „Kronprinzessin Cecilie“ wurden einige Schlepptroten an Bord der „Masapequa“ gebracht, und nach einigen vergeblichen Versuchen — bei dem frischen Wind und der bewegten See brachen die Troßen mehrere Male — gelang es, eine dauernde Verbindung zwischen beiden Schiffen herzustellen. In etwa zehnjähriger Schlepparbeit brachte der Spagadampfer den Amerikaner glücklich nach dem etwa 96 Seemeilen entfernten Hafen von Savana.

* **Zur Erinnerung an das Mändor-llu-llu** (10. 12. September 1911, bei dem, wie erinnerlich sein dürfte, zehn Mann beim Durchqueren der Erde den Tod fanden, wurde jetzt am Götter bei Hofa ein Denkmal enthüllt. Der König von Sachsen war durch Generalleutnant v. Müller vertreten.

* **Wetzweilungsstat einer Verlassenen.** Eine 28jährige Näherin in Wetzweilungsstat dieser Tage ihr zehnjähriges außerordentliches Mädchen und verlebte

sich tödlich durch einen Revolverstoß in den Kopf. Die Mutter wurde ins Spital gebracht. Man fand bei ihr einen Brief an einen Herrn, in dem sie die Tat ankündigt.

* **Ein reicher Bettler.** Eine eigenartige Überredung wurde der Waise in Rathenow berichtet, als sie einen alten Bettler angriff und diesen etwas näher ins Verhör nahm. Es stellte sich dabei heraus, daß dieser Mann, der auf zwei Holzfüßen ging, im Besitz eines durchaus glänzenden Schmuckes in Höhe von 240000 Mk. war, an dem er mit einem Viertel beteiligt ist. Außerdem fand man bei ihm auch noch ziemlich viel bares Geld. Der Sonderling stammt aus Brandenburg a. S. und steht, soweit ermittelt ist, unter Kuratel. Der Vermögensverwalter zahlt ihm monatlich eine Rente, die es ihm ermöglichen würde, ganz gut auszukommen. Er gebraucht das Geld aber nicht, weil er seinen Unterhalt zumeist mit den erhaltenen Almosen befreit.

* **Verleumdung auf dem Dono** (Lage in Mailand) Mailand, 5. Mai. Während heute nachmittags 5 Uhr die Galleria Vittorio Emanuele wie gewöhnlich von Spaziergängern wimmelte, führte sich plötzlich ein Unbekannter auf den Briefler Don Dellanalle aus Mailand und durchschlug ihm mit einem großen Hackmesser den Hals, zog darauf einen Revolver hervor und gab sechs Schüsse auf die Menge ab. Dabei wurden zwei Frauen und ein Tourist, namens Albert Brings, aus Holland, verwundet. Danach floh der Täter über den Salsplatz, wo er nach kurzem Kampfe von den Polizisten niedergeschlagen und verhaftet wurde. Im Polizeigebäude antwortete der Verbrecher zunächst auf alle Fragen: „Es freie ihn, einen Briefler getötet zu haben. Er sei seit drei Monaten arbeitslos und habe Frau und vier Kinder. Eine vorläufige ärztliche Untersuchung hat bereits festgestellt, daß es sich nicht um einen Wahnsinnigen handelt.“

* **Der neue Zantenturm in Vaucen** Die Projekte und Pläne für die Gründung eines neuen alten Zantenturmes in Vaucen unterliegen gegenwärtig eingehender Prüfung und Erwägung. Es ist ein von dem früheren Turmbau abweichendes System mit größerer Stabilität in Aussicht genommen, und zwar soll der Turm eine Höhe von 250 Metern erhalten, also 50 Meter höher als der alte Turm werden. Inzwischen

ward ein provisorischer Zantenturm aus Holz, von 50 Metern Höhe errichtet. Dieser Turm soll lediglich die Möglichkeit bieten, mit einem Zantenturm-Kongreß, der in einigen Wochen in England zusammentritt, Telegramme austauschen zu können. Im übrigen sollen später bezüglich Leitung der elektrischen Wellen durch die Erde eingehende Versuche angestellt werden. — Der alte Zantenturm wurde, wie erinnerlich sein dürfte, vor kurzem bei einem schweren Sturm zerstört.

* **Gewalttätigkeiten freilebender Rhein-schiffer.** Angeichts wiederholter Gewalttätigkeiten ausländischer Schiffer gegen die Arbeitswilligen ordnete die Polizeibehörde in Köln umfangreiche Sicherheitsvorkehrungen an. Viele Köhler Schiffer, mit Wepohren und scharfen Patronen versehen, wurden heute den zu Berg fahrenden Dampfern beigegeben; sie haben den Sicherheitsdienst bis Koblenz zu versehen.

Reklameteil.

*Wozu soll's!
Als Wozzloffan woin's off
gibwocornin Gneffn sonwollst
Gochfornin's Wozzloffan
ist abne aus's Wozzloffan
Lur Gofall mauff's!*

Man verlange,

wenn man die besten Fabrikate haben will, stets solche, die sich seit Jahren bewährt haben. Nachahmungen, besonders in ähnlichen Packungen, weisen man im eigensten Interesse zurück. Fabrikate, die sich infolge ihrer hervorragenden Qualität und ihrer unbedingten Zuverlässigkeit lange Jahre bewährt und einen Weltruf erworben haben, sind:

Dr. Decker's Backpulver
Dr. Decker's Puddingpulver
Dr. Decker's Vanillin-Zucker

1 Päckchen 10 Pfg. 3 Stück 25 Pfg.
Überall zu haben!

Anzeigen für Merseburg.
Für diesen Teil übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.
Für die vielen Ehrungen und Aufmerksamkeiten, welche uns bei unsrer goldenen Hochzeit zuteil wurden, sagen wir auf diesem Wege Allen unsern besten Dank.
Venenien, im Mai 1912.
Chr. Faust u. Frau

Zwangsversteigerung
Im Wege der Zwangsversteigerung sollen die in Merseburg belegenen, im Grundbuche von Merseburg, Band 87, Blatt 3181, 3182, 3183, zur Zeit des Grundbuchs der Versteigerungsvermerk an den Namen des Privatmanns Friedrich Böse zu Halle a. S. eingetragenen Grundstücke:
a) Aunentrafte Nr. 23, Kartenblatt 5, Parzelle 829/62, 880/62, bebauter Hofraum, 21 qm und 3 a 30 qm, mit einem jährlichen Nutzungswerte von 775 Mark, Grundsteuerunterrolle Nr. 1150 und Gebäudeunterrolle Nr. 772;
b) Aunentrafte Nr. 17, Kartenblatt 5, Parzelle 693/62 und 707/62, bebauter Hofraum, 1 a 57 qm und 2 a 16 qm groß, mit einem Gebäudemerkungswerte von 1060 Mark, Grundsteuerunterrolle Nr. 1666, Gebäudeunterrolle Nr. 780;
c) Aunentrafte Nr. 19, Kartenblatt 5, Parzelle 553/62, 831/62, 882/62, 883/62, bebauter Hofraum, in den Größen von 2 a 52 qm, 1 a 75 qm, 87 qm, 85 qm, mit einem Gebäudemerkungswerte von 1220 Mark, Grundsteuerunterrolle Nr. 1667, Gebäudeunterrolle Nr. 778;

am 12. Juni 1912, vormittags 11 1/2 Uhr, durch das unterzeichnete Gericht, an der Gerichtsstelle, Zimmer Nr. 19, versteigert werden.
Merseburg, den 17. April 1912
Königliches Amtsgericht.

Im Handelsregister Abteilung A ist heute unter Nr. 360 die Firma Karl Ziele vorm. Fried. W. Kuntz, Merseburg und als Inhaber Kaufmann Karl Ziele in Merseburg eingetragen.
Merseburg, den 3. Mai 1912.
Königliches Amtsgericht. Abt. 4.
Im Handelsregister, Abteilung A ist die unter Nr. 316 eingetragene Firma Gebr. Judoff in Merseburg gelöscht worden.
Merseburg, den 3. Mai 1912.
Königliches Amtsgericht. Abt. 4.

Bekanntmachung.
Durch Beschluß der städtischen Behörde vom 29. April 1912 ist folgender
Nachtrag zur Gehühren-Ordnung für das kaiserliche Krankenhans
Für die schiffgenüßigste Alleenbenutzung eines Doppelzimmers erster Klasse sind zu entrichten von
Einkemitteln 8 Mk.
Auswärtigen 10 Mk.
Merseburg, 29. April 1912.
Der Magistrat.
gez.: Dr. Saade. Dr. Sauswald. Barth. Blantzen. Berger. Ziele. Schmidt. Dehne.
Die Stadtrordneten-Versammlung.
gez.: Grempler. Eichmann. Eickardt.

Diesen Nachtrag bringen wir hiermit zur öffentlichen Kenntnis.
Merseburg, den 2. Mai 1912.
Der Magistrat.

Im Grundbuche Halleische Straße Nr. 19, hier, sind zum 1. Okt. d. J. die bisher von dem Kaufmann Max Versteht eingetragenen Räume (ehemalige Schneidemühle, Lager- und Schuppen) anderweit zu vermieten. Reflektanten erhalten nähere Auskunft im hies. Magistratsbureau.
Merseburg, den 3. Mai 1912.
Der Magistrat.

Die 1. u. 2. Etage Markt 10 sind sofort zu vermieten und zum 1. Juli oder früher zu beziehen.
Preis Mk. 450 u. Mk. 400.
im Kontor, Wart.
Freundlich möblierte Stube nebst Schlafkammer ist sofort oder später zu vermieten. Zu Nr. 1.
Halleische Str. 36. I.

Ankündige, laub. Schlafstelle zu vermieten. Hüttenstr. 13.
Zwei anst. Schlafstellen, evtl. mit Koit, offen. Zu erfragen. Or. Götterstraße 7.
Möbl. Wohn- u. Schlafzimmer mit 2 Betten und evtl. Klavier sofort gesucht. Off. m. Preis 5 Mk. 2 an die Exped. d. Bl.
Jg. Kaufmann sucht per sofort freundliche Schlafstelle. Off. m. Preisang. unt. A Z 100 an die Exped. d. Bl. erbeten.

Laden mit oder ohne Wohnung zum 1. Juli an verm. N. Ritterstr. 15.
Sehr gut erhaltener Kinderwagen (Nadelrad) zu verkaufen. Weissenfeller Str. 29.

Ein Rindertwagen steht zum Verkauf. N. Ritterstr. 15.
Eine Geige verkaufen. Bismarckstr. 4. I. Tr. r.
2 Jahre Pferdebedünger zu verk. Weissenfeller Str. 10.

Trauben! Wegen Aufg. billig zu verkaufen. S. Ohm. Unter-Altenburg 18.
2 einzelne Käuferfahne sind zu verkaufen. Venenien 16.
Eine tragende Färse zu verkaufen. Bösen 37.

Cacao. gar. rein, 1/4 Pfd. 25 Pf., empfiehlt Adolf Böhme, N. Ritterstr.

Speise-Kartoffeln, sehr mehreich, verkauft im ganzen und einzelnen. G. Ringel, Brühl 6.

Prima Speise-Kartoffeln sind im ganzen und einzelnen billig zu verkaufen. Frau Hartung, Meißnauer Str. 3.

Kartoffel-Verkauf. prima Speise-Kartoffeln gesund und fleckenfrei, den Ztr. mit 4 Mk. 25 Pf. Freygang, Or. Ritterstr. 7.

Export-Äpfelwein von Gebr. Freyden, Frankfurt a. M., empfiehlt vom Fab. Julius Trommer, Unter-Altenburg 13, Fernruf 420.

Miet-Pianos in großer Auswahl, günstige Bedingungen bei späterem Kaufe, bei B. Döll, Halle a. S., Or. Ulrichstraße 33/34.

Epileptiker möll. ihre Adr. behufs e. mögl. Auskunft einl. an W. Lehmann, Magdeburg, Joh.-Weg 2.

Sanitätsrat Dr. Urichs, Spezialarzt für Ohren-, Nasen- und Halskrankh., von Donnerstag an **verreist.** Halle a. S., Poststr. 6.

Blüthner-Piano vorzüglich erhalten, prachtvoller Ton, für Mk. 450 zu verkaufen. nur B. Döll, Or. Ulrichstr. 33/34.

Für Gastwirte und Flaschenbierhändler hält Bieranmeldungs- und Nachweissungsformulare, sowie Lagerbücher stets vorrätig. Buchdruckerei Th. Höpner, Merseburg, Elgrube.

Plüsch der beste Sofabezug in bester und glattfarbig, mod. Muster, direkt u. billigst zu beziehen vom Versand-Paul Thum Chemnitzstr. 2. Muster frei gegen freie Rücksendg.

Steuer-Reklamations-Formulare hält stets vorrätig. Buchdruckerei Th. Höpner, Merseburg, Elgrube.

Halle a. S. Neue Bedienung, Schwemme 2. Junger Schäferhund am Montag ausgelassen. Abholen N. Ritterstr. 18. 2 Tr. r.

1 Kanarienvogel (schön schied.) entfallen. Bitte gegen Belohnung abzugeben. Or. Ritterstr. 1. 1. Et.

Correspondent.

Abzugspreis vierteljährl. 1 Mk., monatl. 35 Pf.
Die Zeitung von unten angelesen: bei Bestellung des Monats durch unsere Auswärtigen in
Frankfurt und auf den Banke außerhalb Deutschlands; durch die Bahn 1,20 Mk. außer 42 Pf.
— Das Blatt erscheint wöchentlich 6 mal nur an den Feiertagen nachmittags.
— Außerdem unterer Originalnachrichten ist nur mit beizulieferender Postkarte gefälligst
die Rückgabe ungelagerter Einlieferungen überreichen zur fern. Verschickung.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
8 seitig. illustr. Unterhaltungsblatt
m. neuest. Romanen und Novellen.
4 seit. landwirtsch. u. Handelsbeil.
mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis Die bei uns, wöchentlich oder öftern durch die Zeitung mit der
Erweiterung 10 Pf. Kleinst Anzeigen 20 Pf., einschließlich post
20 Pf. im Restanmetell 40 Pf. Bei sonstigen Anzeigen nach Vereinbarung
Gehalt für Einzelbeilagen nach Vereinbarung für Sonderanzeigen und Offiziersanzeigen
Sonderberechnung, nach Vereinbarung mit dem Redaktions-Verwaltungsbureau
— Anzeigenpreis für größere Geschäfts-Anzeigen nur auf Tage bezogen, die
Anzeigen bis höchstens 6 Tage, Familienanzeigen bis 10 Tage vorzuzahlen.

Nr. 108.

Donnerstag den 9. Mai 1912

36. Jahrgang

Die überzähligen Offiziere.

Man schreibt uns aus parlamentarischen Kreisen über die letzte Dienstage Sitzung der Budget-Kommission des Reichstages:

In der Budget-Kommission hat heute die Frage der Schaffung von Oberleitnantsstellen bei allen kleinen Regimentern, d. h. bei solchen mit nur zwei Bataillonen — die Regimente mit drei Bataillonen haben die Oberleitnantsstellen — und von überzähligen Majors bei allen großen Regimentern längere Auseinandersetzungen zur Folge gehabt. Die Heeresverwaltung verlangt diese neuen Offiziersstellen im wesentlichen, um für den Fall einer Mobilmachung für die neu aufzustellenden Regimente und Bataillone die erforderlichen Offiziere zur Hand zu haben, ohne den vorhandenen Organisationen solche entnehmen zu müssen. Zur Begründung wurde hauptsächlich darauf verwiesen, daß Frankreich in der erwähnten Richtung noch weiter gegangen sei und in dem neuen Cadre Gesetz wieder noch darüber hinausgehe.

Dem wurde entgegengehalten, daß diese überzähligen Offiziere in Friedenszeiten nur ganz ungenügend beschäftigt sein würden und daß ihnen in dieser Zeit kein eigentliches Kommando zustehe, sie also gewissermaßen fünftes Rad am Wagen seien. Wollte man sich für den Mobilmachungsfall die übrigen Hauptleute, Bataillonskommandeure und Regimentsführer in Reserve halten, so sei es notwendig, an anderen Stellen mit den Offizieren zu wirtschaften. Von Österreich-Ungarn abgesehen, habe nach dem eigenen Angaben der Militärverwaltung keine Armee verhältnismäßig so viele Offiziere als die deutsche. Auch nach der Durchführung des französischen Cadre Gesetzes würde der Prozentsatz von Offizieren in der französischen Armee noch wesentlich geringer sein als der der deutschen Armee, und Rußland weise verhältnismäßig nur 1/2, d. h. ein Offizier auf, was bei uns vorhanden sei. Die Heeresverwaltung stehe immer auf dem Standpunkt, das Wort *vous quique* frei nach Keuter dahin zu übersetzen: Halte fest, was du hast, und fest, was du kriegen kannst! Bei uns müsse man schon deshalb eher mit weniger Offizieren auskommen als in anderen Ländern, weil die Prozentzahl unserer Unteroffiziere fast doppelt so hoch sei wie bei anderen Armeen. Jede weitere Verstärkung des Offizierkorps des Unteroffizierkorps zeitige neue schwere Belastungen des ohnehin riesig angewachsenen Pensionsfonds und mache die Unterbringung der mit dem Zivilversorgungsschein abgehenden Leute in Zivildienststellen immer schwieriger.

Der Kriegsminister hob demgegenüber hervor, daß für den Fall einer Mobilmachung bei uns die Zahl der einbezogenen Reservisten wesentlich größer sei als in Frankreich und wir daher auch mehr Offiziere bräuchten. In Rußland aber lägen die Verhältnisse anders. Warum man dort mit weniger Offizieren auskommt, verriet der Minister allerdings nicht. Zum Schluß wurden die verlangten Oberleitnantsstellen bei den kleinen Regimentern gefordert, die überzähligen Majore dagegen und die vierzehnten Hauptleute genehmigt. Daß diese Stellenvermehrung natürlich auch vorteilhaft auf das Avancement einwirkt, ist unzweifelhaft. Von einer Überalterung unseres Offizierkorps kann aber keine Rede sein, da das Avancement in Deutschland, wie aus dem der Kommission überwiesenen Material hervorgeht, keineswegs schlechter ist als in Frankreich und in anderen Ländern.

Die Bestrebungen der Reichspartei.

im Deutschen Reichstage als eigene Fraktion mit der Verleihung der Rechte auf Kommissionsbesetzung angesehen zu werden, sind menschlich und parlamentarisch nur allzu begreiflich; es ist immer schmerzlich, von der stolzen Höhe eines relativ bedeutenden parlamentarischen Einflusses hinuntergeworfen zu werden in die Verdammnis der Bedeutungslosigkeit. Und der Reichstag widmete am Dienstag den Schmerzen der Herren Arndt, Camp und Genossen fast eine ganze Sitzung. Aber man muß auf der anderen Seite hervorheben, daß nach der Prozedur des Reichstages erst eine Fraktionsstärke von 15 Mann das

Recht auf Mitgliedschaft in die Kommissionen verleiht und daß die Reichspartei diese Ziffer eben nicht erreicht hat. Der Hauptstreit drehte sich darum, ob es angebracht sein solle, zum Zwecke der Erreichung der Fraktionsstärke, und nur zu diesem Zweck, sich Mitglieder des Hauses „anzufassen“ zu lassen, die es im übrigen strikt ablehnen, sich der betreffenden Gruppe auch nur als Hospitanten anzuschließen. Bei aller Wahrnehmung der Rechte der Minderheiten in den Parlamenten wird man doch eine Grenze festsetzen müssen, unter der eine Beteiligung an den Kommissionen nicht mehr zulässig erscheint; es würde sonst der parlamentarischen Eigenbrödelerei und der Unmöglichkeit, den glatten Gang der Geschäfte zu verwirren, geradezu Tür und Tor geöffnet werden. Das „Anzufassen“ von Abgeordneten zum Zwecke der Kommissionserrichtung mag früher in einzelnen Fällen stattgefunden haben; man kann es aber dem jetzigen Reichstag nicht verdenken, wenn er diesem Mißbrauch als einem dem Sinne des Fraktionswesens widersprechende Einrichtung verweist und sie für die Reichspartei nicht gelten lassen will. Die Atomisierung in kleine und kleine Gruppen ist sicherlich ein Uebelstand in den Parlamenten, und es ist ein durchaus wichtiges Erziehungsprinzip, wenn durch die geschäftsordnungsmäßigen Bestimmungen ein sanfter Zwang auf die Außenfeier ausgeübt wird, sich irgend einem größeren Ganzen als Mitglied oder wenigstens als Hospitant anzuschließen: Wenn die Angelegenheit der Reichspartei auf die ihr so nahestehenden Abgeordneten Warmuth und Graf Polcewsky nicht so groß ist, um sie von der unbedingten Notwendigkeit zu überzeugen, mit ihren werthen Persönlichkeiten der Reichspartei die offizielle Fraktionsstärke zu verleihen, so ist damit eben der Beweis erbracht, daß die Reichspartei jenes Mindestmaß an Parität nicht bewahrt nicht besitzt. Die „Zuzählung“ jener beiden Herren, die sich absolut nicht anstellen wollen, würde nichts anderes bedeuten, als daß dem wohlmerogenen Entschluß, die Zahl 15 gelten zu lassen, ein Schnippen geschlagen werden soll. In der lebhaften Debatte des Reichstages konnte die Reichspartei sich auf konservativen, antimilitarischen und zentrumselastischen Sulfuren stützen, die Mehrheit ihr gegenüber aber dürfte fest bleiben trotz der verzweifelten Anstrengungen der Konservativen, durch einen Kompromißantrag wenigstens vorläufig die Fraktionsrechte

Die weiteren Ausprägungen beschäftigen sich dann mit den Fragen des Schutzes gegenüber der Berufsverklärung und dem Woyfot, besonders auch soweit er als Mittel benutzt wird, um andere an der Betätigung ihrer politischen oder wirtschaftspolitischen Überzeugung zu verhindern. Das Gesamtergebnis der tendenzlosen und lediglich praktischen Behauptungen dienenden Darlegungen wird dann in folgenden Thesen zusammengefaßt:

1. Eine Erweiterung des Tatbestandes des § 153 Gew.-O. ist, insbesondere im Hinblick auf die ausdehnende Rechtsprechung des Reichsgerichts nicht erforderlich.
2. Zur Einschränkung des Streifenpostens als solchen im Interesse der öffentlichen Ordnung und Sicherheit genügen polizeiliche Maßnahmen, welche mit Energie und Einsicht anzuwenden sind. Ausdehnungen der Streifenposten gegen Arbeitswillige sind auf Grund des § 153 Gew.-O. und der allgemeinen Strafgesetze zu ahnden.
3. Im Rahmen des allgemeinen Strafrechts erscheint ein stärkerer Schutz der persönlichen Freiheit gegen rechtswidrige Nötigung und sittenwidrige Berufsverklärung, insbesondere auch zur Bekämpfung des politischen und wirtschaftlichen Zwangs- und Nachschobotts, wünschenswert und notwendig. Die §§ 240 und 241 Str.-G.-B. sind dahin zu ergänzen und abzuändern,
 - a) daß in Erweiterung des § 240 Str.-G.-B. eine jede mittels rechtswidriger Drohung unternommene Nötigung unter Strafe gestellt wird;
 - b) daß in Erweiterung des § 241 Str.-G.-B. eine strafbare Bedrohung insbesondere auch dann vorliegen soll, wenn jemand einen anderen durch eine ihn in seinem Ansehen gefährdende Drohung in seinem Frieden stört;
 - c) die öffentlich oder gegenüber einer Mehrheit von Personen erfolgende Aufforderung zur Weidung des geschäftlichen oder persönlichen Verkehrs mit einem anderen ist für strafbar zu erklären, es sei denn, daß sie in Wahrnehmung berechtigter Interessen, insbesondere, um Dritte vor Schaden zu bewahren, erlassen wird und sich in den Grenzen des herkömmlichen Bedrohens hält.
4. Die Frage, ob Weidigungen und leichte Körperverletzungen, die Vorliegen eines öffentlichen Interesses von Amts wegen oder evtl. auf Antrag von Vereinen zu verfolgen sein sollten, welche zur Wahrung allgemeiner oder gewerblicher Interessen berufen sind, erscheint erwägenswert, eine Beschränkung dieser Maßnahmen auf das Gebiet der Streitausgleitungen jedoch nicht angebracht.
5. Eine Verschärfung der in den bestehenden Gesetzen angeordneten Strafen ist nicht grundsätzlich abzulehnen, doch ist von ihr eine wesentliche Besserung der vorhandenen Mißstände nicht zu erhoffen; durch Anwendung energischer Verwaltungsmaßnahmen wird sie entschädigt.



Macht gemindert. Auch dieses sind die Gedanken eines umfangreiche Verhandlung sein. Anstammungsechte lehnt der Hanfa-Bund mit weitgreifender Begründung ab.

Die Beschaffung billiger Kredite für das Handwerk.

Der Koburger Spezial-Landtag beschäftigte sich am Montag mit dem Antrag des Abgeordneten Mämpel zwecks Einstellung eines Betrages in den Staatskassen-Etat zur Unterstützung kapitalarmer Handwerker und Kleingewerbetreibender, wie solche auch den Landwirten zur Separation gewährt werden. Handwerk und Landwirtschaft müsse in gleichem Maße Rechnung getragen werden, darum empfehle die Kommission, den Antrag der Herzoglichen Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

An den Vorschlag der Kommission knüpfte sich eine interessante Diskussion, in der der Abgeordnete Mämpel u. a. ausführte: Die Beschaffung billiger Kredite sei eine Lebensfrage für die Handwerker und kleinen Gewerbetreibenden. Solange ein Handwerker sein Geschäft allein betreibt, werde er sich immer schlecht und recht durchschlagen können, wenn aber die Auszüge zahlreicher einfließen und sich die Einstellung weiterer Arbeitskräfte und die Beschaffung von Material nötig mache, dann begannen die finanziellen Klammationen. Diese Frage habe in der letzten Zeit die Fach- und Tagespresse und auch